

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf. Vierteljahr 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. Frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnementspreis: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungsliste. Unter Anzeigebild für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Bülow und Eulenburg.

Wir haben gestern das Ringen der Bülow-Clique gegen die Eulenburg-Clique um das Regiment über das „persönliche Regiment“ geschildert. Heute wollen wir zunächst die Kämpfenden etwas näher betrachten.

Als die Erziehung Bülows durch Hellmuth v. Molke bevorzogen, charakterisierte das „Verl. Tageblatt“, das seine Information offenbar von der Reichskanzlerclique hatte, den großen Unbekannten als den Mann mit der starken Faust, aber mit nicht gleichstarkem Geist. Er sollte Reichskanzler werden, um endlich mit der Sozialdemokratie Schluss zu machen; der alte Plan, der in den Kreisen des Hohenzollernhofes, wie es scheint, mausrotbar ist, sollte endlich realisiert werden: die Arbeiterchaft sollte zuerst provoziert, dann massakriert werden. Mit dem Rezept hat ja schon Bismarck, wie jetzt festgestellt ist, gespielt. Die Abschaffung des Wahlrechts sollte das Mittel für die fürstlichen und gräflichen agents provocateurs bilden. Sobald die „Ruhe“ im Innern hergestellt, die Befreiung von dem allgemeinen Wahlrecht und der Sozialdemokratie gelungen, sollte das Ausland an die Reihe kommen. Molke mit dem nicht so starken Geiste sollte dabei nicht mittun. Die auswärtige Politik macht das „persönliche Regiment“ allein, unterstützt von Herrn v. Tschirch. Im Hintergrunde aber lenkt Fürst Eulenburg, der Freund des Kaisers, selbst die Fäden. Fürst Eulenburg aber steht in Beziehung zu den Geistern, er ist daher besonders geeignet zum Ratgeber des Gottesgnadentums. Freilich scheinen manchmal die Geister den Ratschlägen eines ausländischen Diplomaten nicht unzugänglich gewesen zu sein.

Das klingt toll und ist es auch. Aber es ist durchaus deutsche Wirklichkeit. Was mit romanhaften oder wenn man will romantischen Mitteln hier erreicht werden soll — und die „Romantik“ spielt ja nicht erst seit heute eine Rolle am Hohenzollernhofe — ist das Ziel einer mächtigen und einflussreichen Partei. Dies Ziel liegt auch durchaus begründet in dem immer deutlicher hervortretenden Streben der militärischen und zivilen Bürokratie nach Alleinherrschaft, nach Befreiung von der einzigen Schranke, die ihr noch gesetzt wird, nach Beseitigung der sozialdemokratischen Opposition. In diesem Ziel sind die Spitzen der Bürokratie einig. Sie bilden zugleich den einen Teil der Hofgesellschaft, mit dessen anderen Teil sie in engsten verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen stehen. Nicht in ihren Zielen, wohl aber in ihren Mitteln unterscheiden sich diese Cliquen. Sie selbst aber entstehen und vergehen, bilden sich immer aufs neue im gegenständlichen Kampfe um die Macht. Da das Parlament ohnmächtig ist, die parlamentarischen Parteien willenlose Senechte der Regierung sind, so wird dieser Kampf nicht öffentlich politisch geführt, sondern erscheint als persönlicher, geheimnisvoller Kampf hinter den Kulissen, als Kampf um den Träger der Macht, den Kaiser. Aber das persönliche Regiment selbst ist nichts anderes als die Spitze, in der die Macht der militärischen, zivilen und kirchlichen Bürokratie zusammengesetzt, konzentriert erscheint. Der Kampf der „Kamarilla“ ist also nichts anderes als der Kampf um diese Spitze, der Kampf um die Macht, die über die Bürokratie gebietet. Diese Macht ist nur die Macht der Bürokratie selbst. Da aber die Bürokratie ihrer Organisation nach nur auf Befehl gehorcht, muß sie diese eigene Macht als äußere Macht sich selbst entgegensetzen. Die Macht der Bürokratie erscheint so als Macht über die Bürokratie, als Allmacht des Herrschers: die Macht des Zaren in Rußland, das persönliche Regiment in Deutschland. Der Kampf außerhalb der Bürokratie stellt sich somit dar als ein Kampf um die Beeinflussung ihrer Spitze, ein Kampf, in dem das „persönliche Regiment“ zwischen den Streitenden hin- und hergezogen wird. In den Personenfragen des Hofes spiegeln sich nur wider Interessen- und Machtkämpfe innerhalb der Bürokratie.

Aber die Grundlage dieser Kämpfe selbst bildet die Allmacht der Bürokratie, die Ohnmacht des Volkes und seiner Vertretung. Darin sind die Kämpfenden, Bülow und Eulenburg, völlig eines Sinnes. Eulenburg will nur seine Ziele mit offenen Gewaltmitteln erreichen, Bülow erreicht dasselbe Ziel auf dem Wege der Korruption der einen und Ländigung der anderen. Man versteht jetzt, warum Bülow den Reichstag auflösen mußte. Er mußte der ungeduldig gewordenen Bürokratie, deren Ungebuld den Triumph des Eulenburgschen Kreises herbeiführen konnte, zeigen, daß er die Allmacht der Bürokratie besser wahren könne als jener und das Hazardspiel des andern daher überflüssig sei. Es gelang ihm das durch die Dummheit der deutschen Liberalen. Der deutsche Liberalismus — die Firma deutet längst nicht mehr den kläglichen Inhalt — ist ein politisches Abfallprodukt. Liberal wählen in Deutschland die Schichten, die nicht mehr oder noch nicht politisches Verständnis besitzen. Es sind die Mittelschichten, die in der kapitalistischen Gesellschaft entweder zum Untergang verurteilt von der Politik überhaupt nichts mehr zu hoffen haben und, wenn sie nicht wie gewöhnlich indifferent bleiben, eben liberal stimmen oder neue

Schichten, wie die Gruppe der technischen Angestellten, die noch mit Illusionen erfüllt, politisch unorientiert sind. Kein Wunder, daß der deutsche Liberalismus, ein völlig der politischen Einsicht bares Gebilde, zum Dupe jedes geschickten politischen Faiseurs wird. Seine Unterstützung bei den Wahlen, seine völlige Kapitulation nach den Wahlen führte die Methode Bülow zum Siege und rettete diesem den Posten. Aber Bülow wurde gerettet, weil Eulenburg überflüssig wurde. Die Allmacht der Bürokratie war gesichert und diejenigen, die diese Allmacht sichergestellt, den letzten Einfluß des Parlamentes ausgeschaltet, die Volkvertretung verraten haben — sind die Liberalen und ihre Blockpolitik. Der Fehler Eulenburgs war nur eine Ueberschätzung der Bourgeoisie, vor allem ihres liberalen Teiles. Die Unterwerfung unter die Bürokratie war billiger zu haben als Eulenburg meinte. Bülow siegte in der Konkurrenz. Er kannte den Schleuderpreis, zu dem deutsche Liberale ihre Prinzipien verschafften. Als Siegerin in dem grotesken Kampfe, dessen Herrbild in den Sphären, die Deutschland regieren, der neueste Skandal enthüllt hat, ist also allein hervorgegangen die Allmacht der Bürokratie.

Es bleibt uns noch übrig, kurz auf die Ursache der Stellung der Bürokratie in Deutschland hinzuweisen. Sie hängt zusammen mit der historischen Entwicklung des Deutschen Reiches. Die Revolution im Jahre 1848, deren unmittelbare Aufgabe die Herstellung eines einigen Deutschen Reiches auf demokratischer Grundlage war, war gescheitert, in letzter Linie an dem Stand der ökonomischen Entwicklung der deutschen Bourgeoisie. Diese war einerseits bereits zu entwickelt, um nicht das revolutionäre Auftreten des Proletariats zu sehr zu fürchten und um nicht die Beendigung der Revolution der Auseinandersetzung mit dem Proletariat vorzuziehen. Andererseits aber war die ökonomische Entwicklung wieder nicht weit genug vorgeschritten, um die Herstellung des großen bürgerlichen Einheits- und Nationalstaates als unumgängliche Aufgabe der Bourgeoisie zu stellen. An diesem Widerspruch ging die Revolution zugrunde. Ihre Aufgabe wurde 30 Jahre später erfüllt durch Preußen. Preußen benutzte die Notwendigkeit des Einheitsstaates, um diesen in Form eines Großpreußens — mehr ist ja Deutschland nicht geworden — zu verwirklichen. Bismarck hat dabei das dynastische Interesse der Hohenzollern nach Erweiterung ihrer Macht vereinigt mit dem ökonomischen Interesse der Bourgeoisie nach einem Staate, der für sie ein genügend großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellt. Die Bourgeoisie folgte ihm um so williger, da die dynastische Methode vor der revolutionären den Vorzug hatte, die Bourgeoisie vor dem Proletariat zu schützen. Sie trug es leicht, daß dabei das nationale Ideal der Vereinigung aller Deutschen in einem Staate verloren ging. Aber die dynastische Methode bedeutete zugleich auch die Ausschaltung der Demokratie in dem neuen Staate. Die Macht erhielt die preussische Bürokratie. Das neue deutsche Parlament erhielt zwar das allgemeine Wahlrecht, da dies das einzige Bindemittel des neuen Reiches war. Aber es wurde in jeder Machtentwicklung behindert. Es erhielt ungenügende Kompetenzen, die wichtigsten Fragen blieben den Einzelparlamenten, deren reaktionäres Wahlrecht sorgfältig konzentriert wurde. Die politische Freiheit blieb auf das allerdürftigste Maß reduziert und die ganze Verwaltung der Bürokratie vorbehalten. Seitdem ist die Macht der Bürokratie beständig gewachsen durch die ökonomische Entwicklung selbst, die einerseits die Bourgeoisie immer reaktionärer macht, andererseits die Verwaltungsfunktionen ständig erweitert und immer bedeutungsvoller gestaltet mit den zunehmenden Aufgaben moderner staatlicher Verwaltung. Die dynastische Entschloßung des Deutschen Reiches hat so ihre natürliche Fortsetzung gefunden in einer immer unumschränkter waltenden Herrschaft der Bürokratie. Diese Herrschaft führt aber immer und überall zu den Erscheinungen, wie sie die „Skandale“ am deutschen und ähnlich auch am russischen Hofe von Zeit zu Zeit enthüllen. Zum Kampf von Cliquen, die von unbedeutlichen und unbedeutenden Menschen geführt, ihre Zeit ausfüllen mit dem gegenseitigen Belauern, gegenseitigen Intrigen, mit Ministern und Konterministern. Das Regieren wird zu einem Kampfe um die Gunst des persönlichen Regiments. Die Regierung hört auf einheitlich zu sein. Minister kämpfen gegen Minister, der Chef der Regierung — schon Bismarck mußte zu diesem Mittel greifen — sucht möglichst unbedeutende und deshalb ungefährliche Menschen ins Ministerium zu ziehen, das geistige und sittliche Niveau sinkt, während gleichzeitig Nachfolger, Dünkel und Gewissenlosigkeit ihren Gipfel erreichen. Die staatlichen Angelegenheiten werden zu persönlichen Angelegenheiten der Günstlinge. Mißerfolg auf Mißerfolg stellen sich ein. Im Innern noch durch eine korruptierte, willfährige, charakterlose Presse verhüllt, stellt sich nach außen offener Vandalismus ein. Das ist die Bilanz der Herrschaft der Bürokratie, eine Herrschaft, deren beste Stütze heute die liberale Blockpolitik ist.

Für die Sozialdemokratie erwächst damit eine große und schwere Aufgabe, für deren Lösung aber ihre ganze Politik beständig wirkt. Wir haben gesehen, daß der Mißerfolg der deutschen Politik im Innern wie nach Außen notwendige Folge ist der Herrschaft der Bürokratie und der damit unauslöschlich vorhandenen Unfähigkeit, Uneinigkeit und zu Katastrophen neigenden Unbeständigkeit. Es ist ganz falsch,

die Ursache für diese Erscheinung zu suchen in irgend zufälligen persönlichen Momenten. Auch Bismarck hat zeitlebens zu kämpfen gehabt gegen diese Intrigen, während sie unbekannt sind in Ländern entwickelter Demokratie. Aber die Demokratie kann in Deutschland nur dann die Herrschaft der Bürokratie zerschmettern, wenn sie sie auf ihrem eigenen Gebiete, in ihren eigenen Verfassungen angreift.

Die Aufgaben, die hier der Sozialdemokratie harren, sind zahlreich und kompliziert. Wir können in diesem Zusammenhang nur die wichtigsten andeuten. Die Macht des Reichstages muß erweitert werden, das Reichstagswahlrecht selbst muß reformiert werden, um den fortgeschrittenen, industriellen Kreisen ihre gerechte Vertretung wiederzugeben. Aber die eigentliche Macht der Bürokratie liegt in der Verwaltung, sie ist nur auf diesem Gebiete zu brechen. Vor allem muß endlich ein Ende gemacht werden mit dem reaktionären Wahlrecht der Einzelstaaten, mit der Dreiklassenwahl in Preußen und Sachsen. Das Wahlrecht in Preußen erobert, und der Spuk der Schiffer, ob sie nun Eulenburg beschwört oder Bülow hant, ist vorbei für immer.

Vervollständigt aber wird der Sieg, die politische Macht des Volkes sichergestellt nur, wenn das Volk nicht bloß die Gesetzgebung, sondern auch die Verwaltung erobert: Selbstverwaltung, nicht Bürokratieverwaltung!

Das allein sichert der Volksherrschaft vor den Usurpatoren ihre Rechte, vor einer unerträglich und skandalös gewordenen, in ihrer Unfähigkeit immer gefährlicher werdenden Cliquenwirtschaft.

Diese Aufgabe, die zu leisten ist, kann aber heute überall und besonders in Deutschland nur geleistet werden von der proletarischen Demokratie. Das Proletariat vertritt damit nur sein Interesse, die Eroberung der politischen Macht auf geschwändigem Wege möglich zu machen. Die Erreichung seines Zieles ist sicher, die Mittel dazu hängen nur zum Teil vom Proletariat selbst ab. Die Demokratie bietet den Spielraum für die ungeführte Durchkämpfung der Klassengegensätze. Die Herrschaft der Bürokratie setzt an Stelle des offenen, loyalen Kampfes die Herrschaft der Intrige und der Vergehemaltung. Sie ist die größte Gefahr für die ungehemmte Entwicklung eines Volkes. Ihre stete Bekämpfung und schließlich Beseitigung ist die schwere, aber dankenswerte Aufgabe proletarischer Politik.

Die Auslieferungs-Schande.

Stumm und still bleibt die bürgerliche Presse vor dem neuesten schreienden Fall deutscher Auslieferungs-Schande. Die Ueberantwortung eines Menschen an russische Henker durch deutsche Behörden läßt sie kalt und gleichgültig; die ungeheuerliche Tatsache, daß der angebliche Kulturstaat Deutschland sich abermals zum Schergen des schändlichen Wulregiments an der Newa erniedrigt hat, daß die Pflichten der Gastfreundschaft für politische Flüchtlinge, wie sie Kulturstaaten als selbstverständlich gilt, mit Füßen getreten werden, läßt sie nicht vor brennender Scham erröten. Die Auslieferung russischer Revolutionäre an die Schergen des Zaren erregt die bürgerliche öffentliche Meinung nicht. Das deutsche Bürgertum hat die Regierung und die Polizei, die es verdient.

Mit dem Anbruch der Blockade ist auch der letzte Rest politischen Anstandes im Liberalismus entschlafen. Es gibt in Deutschland keine bürgerliche Opposition mehr gegen Völlerei für den Zaren, die in den Ländern des Westens Stürme der Empörung entfesseln würden. Deutschland in der Welt voran! ...

Ein einziges Blatt der bürgerlichen Presse macht eine bemerkenswerte Ausnahme und bestätigt also die Regel. Das „Berliner Tageblatt“, dieses Blatt, das neuerdings die Blockpolitik bekämpft, übt im Leitartikel seiner Abendausgabe eine für ein bürgerliches deutsches Organ relativ entschiedene Kritik an der Auslieferung des Studenten Jossel Leibow.

Es schreibt nach einem kurzen Rückblick auf die den Enthüllungen des Königsberger Geheimbundsprozesses folgenden Russenbedenken des Abgeordnetenhauses und des Reichstags vom Jahre 1904 — wobei es von der Auslieferung russischer „Anarchisten“ verteidigenden Rede des damaligen Staatssekretärs des Äußeren Freiherrn v. Nostzen sagt, sie sei „so ziemlich das Stärkste gewesen, was überhaupt dem deutschen Reichstag und dem deutschen Volke zugemutet worden ist“ — wie folgt:

... Es hat gar nichts geholfen, daß man gegen die aller Humanität wohl sprechende Polizeipraxis protestiert hat, der russischen Polizei verdächtige Personen zuzutreiben. Der russische Student Leibow ist dieser Tage über die russische Grenze abgehoben und der dortigen Polizei übergeben worden, obgleich die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen ihn abgelehnt hatte. Man konnte ihn als lästigen Ausländer ausweisen; dazu hatte die Polizei das Recht. Daß man ihn aber über die russische Grenze abschob, das zeigt unsere politische Polizei und damit unsere Reichsregierung noch genau so im Wanne Rußlands wie am Anfang des Jahres 1904. Die Erde ist trotz aller Drehungen nicht vom Fleck getüdt.

Daß man für Anarchisten nicht eben Sympathien fühlen wird, ist begreiflich. Ebenso läßt es sich verstehen, daß wir den russischen Propagandisten der Tat keine Gelegenheit zu verbrecherischen Aufschlügen geben wollen. Indessen ist bisher noch nicht im geringsten bewiesen, daß wirklich die russischen Flüchtlinge das Unrecht so gräßlich gemißbraucht hätten, um sie nun zu

Die Interlions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die russische Löwengrube zu stoßen. Das Vorgehen gegen die Salkitow-Lesehalle hat sich als ein Fehlschlag erwiesen; in der Charlottenburger Lesehalle scheint sich allerdings die sozialrevolutionäre Gruppe breit gemacht zu haben; doch war der Hissung unserer politischen Polizei bisher recht bürftig. Genügen die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung, um einen armen Teufel, den man nur los werden wollte, und den man deshalb einfach ausweisen konnte, allen völkerverächtlichen Grundfragen zum Trost der russischen Polizei in die Hände zu spielen?

Es ist noch eins zu bedenken. Das Rußland von heute ist nicht mehr das Rußland, wie es vor dem Kriege mit Japan bestand. Auch in Rußland muß heute mit der Volkströmung gerechnet werden. Aber unsere Regierung tut so, als gäbe es nur den Willen des Jaren und seiner Polizei. Das hat uns früher schon manche Sympathie gekostet; heute, wo auch die russische Regierung auf den Willen des Volkes Rücksicht nehmen muß, ist es so kurzfristig wie möglich, die deutsche Politik nur auf die russischen Polizeiwünsche zurückzuführen. Wir schnappen nach dem sich immer weiter verflüchtigen zartischen Absolutismus, und wie übersehen, daß wir uns darüber die Sympathie des freibewußten gesunden Abendlandes verlieren. Es wird Zeit, uns wieder in der Gegenwart zu orientieren.

Das ist der einzige Protest, der außerhalb der deutschen Sozialdemokratie gegen die aller Humanität Höhn sprechende Volkzeitung, wie das „Berliner Tageblatt“ sagt, erhoben wird. Er zeigt in fetter Vereinzeltung, daß der Deutsche es einst allein der Sozialdemokratie zu verdanken haben wird, wenn er vor den Kulturvölkern nicht mehr voll Scham den Blick senken muß im Gedanken an deutsche Auslieferungsschande.

Die Lüge von den sozialdemokratischen Kirchendieben zusammengebrochen.

Ein Justizmord ist gekennzeichnet und eine Zentrumsvorkundung gegen die Sozialdemokratie entlarvt worden. Wir haben feinerzeit über die geradezu unverständliche Verurteilung der Genossen Wahl und Kremer zu Venrath wegen angeblichen verurteilten Kirchendiebstahls berichtet. Am 7. Novbr. sprach die Strafkammer zu Düsseldorf die beiden, nachdem sie geraume Zeit in Untersuchung zugebracht hatten, schuldig auf Grund ganz bager Verdächtigungen, die vornehmlich von dem Zentrumspolitiker Peter Broich ausgegangen waren, der sich öffentlich rühmte, daß er die Verhaftung der beiden Genossen bewirkt und das Beweismaterial herbeigeschafft habe. Genosse Wahl wurde zu vier Monaten und Genosse Kremer zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Die ganze Ingeheuerlichkeit des Urteils erhellt, wenn man die Vorgeschichte und das „Beweismaterial“ betrachtet. Unser Düsseldorf-Parteiblatt gibt davon folgende Darstellung:

Den organisierten Arbeitern von Venrath wurde im Sommer v. J. das letzte größere Lokal durch Gegenaktion der „Christen“ entzogen. Das führte zur Vogelfotierung des Lokals von Sauerbier. Um nun diesem Verlust den nötigen Nachdruck zu verleihen, wollten die beiden Genossen an dem Turme der alten Kirche in Venrath ein großes Schild aufbringen mit der Aufschrift: „Arbeiter, verleiht nicht bei Sauerbier!“ Es blieb aber nur bei dem Veruche, da an dem betreffenden Abende die Anstiftung des Planes durch das Herbeiholen des Polizisten Hornfeldt vereitelt wurde. Der Genosse Wahl wurde verhaftet, und für die Polizei und die Christen war es bewiesen, daß es auf einen „Kirchendieb“ abgesehen war. Als ganz besonders verdächtig wurde angesehen, daß sich in dem Besitze des Verhafteten zufällig zwei Meißel befanden. Nachforschungen sollten ergeben haben, daß Kremer als „Mitläufer“ in Betracht komme, und auch dieser kam in Untersuchungshaft. Am Tage vor diesem Verurteilte war bei dem Notar Jüssen in Venrath ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. An dessen Haustür waren Einbrüche eines Meißels zu sehen und die wunderbare Fingigkeit der Behörde nahm an, der beschlagnahmte Meißel passe in diese Einbrüche. „Beweis“ genug, auch diesen verurteilten Einbruch den Verhafteten an die Redeschuhe zu hängen. Weiter wollte der berühmte Kriminalist Peter Broich in Erfahrung gebracht haben, daß von dem Verhafteten Genossen Kremer zu einem Arbeiter gesagt worden: „Hier habe ich ein Eisen, da könnte man schon einen Einbruch mit machen, wenn ich nur wüßte, wo ein paar hundert Mark zu holen wären!“ Bei dem Genossen Kremer wurde eine Pistole, ein Stück Blech, eine Taschenlampe und verschiedene Schlüsselabdrücke gefunden. Das war natürlich der Angelpunkt des ganzen Beweisverfahrens. Außerdem sollte Genosse Wahl auf der Polizeiwache ein Gespräch mit dem Arbeiter Fritz Bernsdorf geführt und gesagt haben, Kremer möge doch seine (Wahl) Sachen fortbringen. Darin sah die Polizei ein Eingeständnis der Schuld.

Diese ganz wertlosen „Bestimmungen“ der Polizei und ihrer Helfer aus dem Zentrumslager gelangten, wie gesagt, dem Düsseldorf-Vericht, um den beiden angeklagten Genossen das Brandmal aufzudrücken, sie unter die mehrligen Leute zu werfen und schwere Gefängnisstrafen über sie zu verhängen. Glücklicherweise hob aber das Reichsgericht das ungeheuerliche Urteil auf. Der Justizmord konnte nicht vollendet werden — es wurde Gelegenheit zur nochmaligen Prüfung der Sache gegeben. Sie fand nun am Sonntag vor dem Landgericht Düsseldorf statt. Über diese neue Verhandlung berichtet unser Düsseldorf-Parteiblatt:

In der neuen Verhandlung gaben beide Angeklagte zu, sie hätten das „Vorkleid“ an dem Richterhaus besessen wolle; an einen Diebstahl habe man nicht gedacht. Die einzelnen „Beweispunkte“ fielen völlig in sich zusammen. Der Polizist Hornfeldt will den Angeklagten vom Bahnhof aus auf Gummischuhen nachgegangen sein; auf einer Entfernung von 50 Schritten hat er sie an der Kirchentür gesehen und das Gellere von Eisenstäben oder Reiheln gehört. Hornfeldt sowie der Polizist Jöhannsen und der Kommissar Bringsmann haben an der Kirchentür keine Spuren von Gewalt gefunden. Das Gespräch in der Fabrik, wo vom Geld stehen im allgemeinen die Rede gewesen sein soll, hält der Vorsitzende für belanglos; in der Gemeinde Venrath seien damals solche Gespräche wohl zu verstehen, weil der Millionenraub von Britschau in Venrath ein Tagesgespräch gewesen sei. Bezüglich der beschlagnahmten Werkzeuge stellte sich heraus, daß es sich um Arbeitsgeräth handelte. Die Schlüsselabdrücke waren für Schlüssel an einem Schlüsselbrett bestimmt gewesen. Zum Beweise war der Schlüsselbrett von den Angeklagten mitgebracht worden. Bezüglich der Unterredung auf der Polizeiwache in Venrath wird von dem jungen Bernsdorf angegeben, es sei ihm von dem Angeklagten Wahl aufgegeben worden, bei Kremer zu bestellen, er möge die Sachen fortbringen, von Fortschaffen sei keine Rede gewesen. An der Hand mehrerer Zeichnungen wird dann noch festgestellt, ob es dem Polizisten Hornfeldt möglich gewesen sei, von seinem Standorte aus die Kirchentür genau zu sehen. Die Angeklagten bleiben dabei, nicht an der Tür gewesen zu sein. Zu übrigen erklären sie, es sei ihnen ein Leibes, den Richter zum zu bestehlen, denn früher sei von ihnen zum 1. Mai an einem eben so hohen Fabrikshofstein in Venrath eine rote Fahne aufgehängt worden. Der Staatsanwalt v. Hees hielt einen Diebstahlversuch nicht für erwiesen, die Kirche sei nicht beschädigt gewesen. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts könnte nur dann eine Verurteilung

erfolgen, wenn der Anfang zu einem Diebstahl gemacht worden sei. Deshalb beantragte er, das erste Urteil aufzuheben und beide Angeklagte freizusprechen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Vär, der auch die Vertretung vor dem Reichsgericht geführt hatte, plädierte ebenfalls für Freisprechung und beantragte, auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen. Dieser Antrag wurde als unbegründet abgelehnt, die beiden Genossen aber dem Antrage des Staatsanwalts gemäß kostenlos freigesprochen.

So ist also das Fehlurteil vom 7. November umgestoßen und dem Zentrum und dem Reichsligenverband wieder ein Stück aus ihrer Ängstsamkeit gegen die Sozialdemokratie genommen. Daß das erste Urteil überhaupt zustande kommen konnte, bleibt selbst dann noch schwer begreiflich, wenn man die unbewußte Verfänglichkeit, die viele Richter gegen sozialdemokratische Angeklagte erfüllt, in Rechnung stellt. Daß fanatisierte Feinde der Sozialdemokratie wie der Zentrumspolitiker Peter Broich und Leute seines Schlages, aus solchen „Beweispunkten“, wie sie hier vorlagen, ein Gebäude von Trugschlüssen errichten, ihre aus blindem Haß und bösen Willen geborenen Verdächtigungen für Beweise halten, ist ja schließlich begreiflich; daß aber Juristen auf solchem Sumpfboden eine Verurteilung aufbauen, das wiegt viel schwerer und spricht Bände!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juni 1907.

Das Herrenhaus

Nahm am Dienstag den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten sowie den auf Antrag Fund (fr. Sp.) vom Abgeordnetenhaus angenommenen Gesetzentwurf auf Abänderung des Gesetzes, betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., und den Gesetzentwurf wegen Erweiterung des Stadtkreises Krefeld an. Eine Anzahl von Rechnungssachen wurden durch Kammermaßnahmen erledigt. Eine Petition des ostpreussischen Provinziallandtages um Förderung oder Entschädigung des land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes wurde nach längerer Debatte von der Tagesordnung abgesetzt.

Für Mittwoch stehen das Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften, das Wanderarbeitsstättengesetz, kleinere Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Vertuschungsversuche.

Der Eulenburg-Standal zieht immer weitere Kreise und die offiziellen Blätter sind schon an der Arbeit alles zu dementieren. Das ist nur natürlich. Jetzt, wo Witow gefloht hat, sucht er die Spuren des Sieges zu verwischen im Interesse der Bureaucratie, die da kompromittiert und blamiert aus diesem Kampfe hervorgeht. Er ist der Mithilfe der Liberalen wie der agrarischen Blätter sicher, deren Parteien das Parlament an die Bureaucratie verraten haben. Auch die angekündigten Prozesse werden kaum stattfinden.

Wie offiziös gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Anklage des Grafen Witte gegen Harden abgelehnt, da es nicht im öffentlichen Interesse liege, den Sinn der Hardenschen Artikel vor der großen Öffentlichkeit zu erörtern, zumal die Hardenschen Ausführungen sich auch zugleich gegen eine Reihe anderer Persönlichkeiten richten. Graf Kuno v. Moltke hat gegen diesen Bescheid Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft erhoben. Die Beschwerde wird freilich kaum nützen, da zwar nicht die Öffentlichkeit, wohl aber andere Leute Interesse an der Vermeidung des Prozesses haben.

Das läppischste und ausdrücklichste Dementi leistet sich der „Lokal-Anzeiger“, der allerdings als einziges Blatt, das dem Kaiser vorgelegt wird, dazu genötigt ist. Er schreibt:

„Seit einiger Zeit gefährt sich ein Teil der Presse darin, in mehr oder minder verstellter Weise von einer Kamarilla zu reden, deren Charakter und die Selbständigkeit des Urteils unseres Kaisers vollständig verkommen, wenn man seinen Hof für einen geeigneten Boden für politische Intrigen halten wollte. Unser Kaiser besitzt bekanntermaßen einen großen Kreis von Vertrauten, deren Ansicht über Tagesfragen aller Art, wie es sein gutes Recht ist, neben der Ansicht der verantwortlichen Minister von Zeit zu Zeit zu hören pflegt; aber daraus auf eine unverantwortliche Nebenregierung schließen können nur solche Leute, die von der Persönlichkeit und dem starken Willen des Monarchen keine Ahnung haben. Wir werden infolgedessen von diesen Querstreibern, deren Zweck zu durchsichtig ist, nach wie vor keine Notiz nehmen.“

Zu den Leuten, die „von der Persönlichkeit und dem starken Willen des Monarchen keine Ahnung haben“, gehört demnach Fürst Bülow, der im Reichstage ausdrücklich den Bestand einer Kamarilla zugeb und unlangst in der „Nordd. Allg. Ztg.“ nochmals darauf hinweisen ließ.

Hebrigens werden diese jeden Ablehnungen durch die Tatsachen selbst widerlegt. Außer der Entlassung des Grafen Kuno v. Moltke hat Fürst Philipp v. Eulenburg selbst seine Entlassung aus dem diplomatischen Dienst nachgesucht. Ferner wird mitgeteilt, daß auch der diensttuende General à la suite, Generalleutnant Graf Wilhelm v. Hohenhausen, ein Stiefbruder des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Auch dieser Schritt wird mit dem Streit um Eulenburg in Zusammenhang gebracht.

Daß die angekündigten Prozesse stattfinden werden, haben wir ohnehin nie geglaubt. Wir begreifen, daß die Herrschaften keine Lust haben, uns Geschichten zu erzählen, wie man Reichskanzler wird, Reichskanzler bleibt oder auch Reichskanzler stirbt. Aber mit den lächerlichen „Dementis“ brauchen sich die Herren wirklich nicht zu plagen. Man glaubt ihnen wirklich nicht mehr.

Nationalliberale Betrachtungen über den Ausfall der bayerischen Landtagswahl.

Die liberale Presse der Bismarckianer wie der Müller-Klopffischen Couleur läßt sich durch den Ausfall der bayerischen Landtagswahl in ihren naiven Erwartungen bitter getäuscht, und in ihrem Keizer verfaßt sie nach dem bekannten Rezept schöner Seelen auf das Schimpfen. Die Sozialdemokratie und das Zentrum werden der schmächtigsten Wahlkompromisse beschuldigt und als „elbes Diebstahlpaar“ hingestellt, das seine Erfolge den niedrigsten Machenschaften verdankt, während natürlich das liberale Kompromißpaar als der Inbegriff alles politischen Aufstandes und der besten Prinzipienfestigkeit gepriesen wird. Besonders leidet auf diesem Gebiete der pfälzischen Selbstbelugung die ehrsüchtige „National-Ztg.“, bekanntlich seit jeder die schönste Standarte liberaler Prinzipientreue. Das Blatt schreibt über den Erfolg der Sozialdemokratie:

„Die Sozialdemokratie prunkt mit der Erhöhung von 12 auf 20 Mandate. Wie beschneiden die Glücklich sind! So wenig Zuerzucht setzt man auf die völkerverfreiende Wirkung der sozialistischen Lehre, daß man sich be-

gnügt, parlamentarisch schwächer zu sein als die liberale Fraktion; ja man wäre — auch quantitativ — noch geringer als der Bauernbund, wenn nicht Friedrich Beck-Rathberg, um sein Mandat zu retten und sich im Parlament wieder breitwürzig und hoch ausschlagen zu können, Erlangen den Sozialdemokraten ausgeliefert hätte, und wenn nicht der Pfälzer Führer der Sozialdemokraten, der weinkundige Ehrhart, durch ein Kompromiß mit dem Zentrum diesem und seiner Partei je zwei Sitze gesichert hätte.“

Diesem politischen Standpunkt entspricht es durchaus, wenn an anderer Stelle desselben Artikels das liberale Prinzipienblatt eine Wendung der Verhältnisse zu seinen Gunsten nicht von der steigenden Kraft des sogenannten liberalen Gedankens, sondern von dem bayerischen Regentenhaus erwartet und bitter darüber klagt, daß das bayerische Zentrum sich in seinen Bestrebungen so wenig an die „Willensmeinung“ des Prinzregenten und seines Nachwuchses lehnt. Zweifellos eine echt nationalliberal-prinzipielle Auffassung! Dabei geht in seiner gründlichen Erfassung der liberalen Regierungsgrundsätze das Parllingsche Blatt so weit, daß es sogar bereits auf die dritte Generation des bayerischen Regentenhauses, auf den „modernen, kunstsinigen und wissenschaftlichen“ — also natürlich nationalliberalen Prinzen Rupprecht spekuliert und sich folgende tiefgründige prinzipielle Betrachtung leistet:

„Die Willensmeinung des Regenten ist den bayerischen Trüben und ihren ministeriellen Nationellen höchstens noch eine quantité négligable. Ludwig der Dritte, der kommende König, steht ihnen ohnedies nahe, mehr noch seine nicht einflusslose Gemahlin. Nur etwas Geschick, nur etwas scheinbare Unterordnung, der sonst nicht Willenslos wird sich das Staatsschiff auch künftig von den schwarzen Schleusenwächtern durch den Kanal leiten lassen. Und nach ihm Rupprecht: ein moderner, kunstsiniger und wissenschaftlicher Mensch; beeinflusst von dem Willen, das im Hause Karl Theodor herrscht. Heute noch besetzt von gesundem Haß gegen die Liberaldemagogie, wie es der zweite Ludwig in seinen gesunden Tagen nicht besser war. Doch der Ultramontanismus hat schon stärkere Maßgrate gebrochen, schon Naturen unterjocht, die gesellter waren gegen Vitternisse, Enttäuschungen, als es die Rupprechts ist. Es sind Hoffnungen da auf Ablösung der Zentrumsherrschaft, aber fernliegende und keine sicheren. Und wenn sie kommt, findet sie ein Land, das konfessionell und staatspolitisch zerrütet ist, bei dem die liberalen Errungenschaften des Konstitutionalismus umgewandelt sind in ihre Karikatur, die Parlamentsdemagogie.“

Es ist doch etwas Erhabenes um das liberale Prinzip, wie es die deutsche liberale Presse versteht!

Kaiserlantern-Germersheim.

Die Behauptung der Blockpresse, Sozialdemokratie und Zentrum hätten bei den bayerischen Landtagswahlen in den beiden pfälzischen Wahlkreisen Kaiserlantern und Germersheim mit einander gehandelt, wird sowohl von der „Pfälzischen Post“, unferm Ludwigs-hafener Parteiorgan, wie auch von der Zentrumspresse zurückgewiesen. Richtig ist, daß die Sozialdemokratie die beiden Kaiserlantern Mandate erlangt hat, weil die beiden Zentrumskandidaten des Kreises kurz vor dem Wahltage zurücktraten und das Wahlkomitee des Zentrums davon Mitteilung machte mit dem Hinzufügen, daß die Zentrumswähler keinen Blockkandidaten wählen dürften. In dessen ist eine, so erklären die beiden beteiligten Seiten, sozialdemokratische Gegenleistung nicht erfolgt und ein Abkommen nicht getroffen. Die „Pfälzische Post“ schrieb denn auch in ihrer ersten Wahlbetrachtung:

„In Kaiserlantern ist es uns durch die selbstlose Wahlhilfe des Zentrums gelungen, die beiden Blockleute aus dem Sattel zu werfen.“

Und der eine der zurückgetretenen Zentrumskandidaten, der Eisenbahnassistent Spaeth, hat in der „Pfälz. Volksg.“ folgende Erklärung erlassen:

„Da behauptet wird, die Ursache der Niederlegung meiner Kandidatur sei ein Wahltrick gewesen, sehe ich mich, um keine Gesichtsfälschung aufkommen zu lassen, veranlaßt, zu erklären, daß dies nicht der Grund war. Verschiedene Quereidereien einzelner Herren der hiesigen Zentrumspartei verleiteten mich die Kandidatur, und deswegen legte ich sie nieder.“

Nebeigens hat das Zentrum die beiden Mandate des Wahlkreises Germersheim nicht erhalten. Nach dem amtlichen Wahlergebnis herrschte zwischen dem Kandidaten Kronauer (natl.) und Zwißler (Z.) Stimmengleichheit. Jeder der beiden Kandidaten erhielt 6666 Stimmen. Das Los hat nun am Dienstag zugunsten des Liberalen entschieden. Als zweiter Abgeordneter des zweimännigen Wahlkreises ist der Zentrumskandidat Spindler mit 6666 Stimmen gewählt. Ueber die sozialdemokratische Stimmzahl in diesem Wahlkreise, die ja am besten zeigen muß, daß ein Wahlbündnis nicht bestand, ist leider noch keine Angabe vorhanden.

Attentatschwindel.

Eine von „Sympathie“ für die russische Freiheitsbewegung überlebende hiesige Mittagszeitung brachte die Entlassungsnachricht, der Kaiser habe bei der diesjährigen Parade zum ersten Male seit seinem Regierungsantritt die Feldzeichen nicht selbst zum Schloß zurückgeführt; dies sei, wie sie von „gullinformierter“ Seite erfahre, auf Anraten der Polizei geschehen, die infolge der von ihr längst aufgedeckten russischen Untriebe Anlaß zu besonderer Vorsicht zu haben glaubte.

Diese „gullinformierte Seite“ hat natürlich einfach geschwindelt. Das Polizeipräsidium hat den Schwindel auch sofort gar grantämlig in seiner ganzen Schwindelhaftigkeit bloßgestellt; danach entbehrt jenes „Gerücht“ (der „gullinformierten Seite“) jeder Begründung. Reht nur der Zufall, daß auch — wie wir gezeigt — das „Gerücht“ von aufgedeckten „russischen Untrieben“ jeder Begründung entbehrt.

Die Konservativen und das preussische Abgeordnetenhaus.

Wie wir kürzlich berichteten, hat die „Kreuz-Zeitung“ es für zeitgemäß gehalten, für die Konservierung des preussischen Landtagswahlrechts eine ganze zu brechen. Es erscheint deshalb angebracht, wieder darauf hinzuweisen, daß das preussische Landtagswahlrecht nichts weniger als konservativ ist, vielmehr durch und durch auf liberalen Prinzipien beruht. Die konservative Grundanschauung betrachtet das Königtum als von Gott eingesetzt und läßt daneben höchstens noch eine ständische Vertretung zu. Ein Parlament aber, in welchem die politische Macht nach dem Reichstum abgemessen ist und das obendrein auf dem allgemeinen Stimmrecht beruht, ist dem echten Konservatismus ein Creuel; und es beweist nur die außerordentliche Anpassungsfähigkeit unserer Konservativen sowie ihren Mangel an Prinzipientreue, daß sie sich mit diesem preussischen Parlament und diesem preussischen Wahlrecht abgefunden haben, weil sie dabei ihren Vorteil finden. Will man hören, wie verächtlich der echte Konservative über den preussischen Landtag, dieses Produkt der liberalen Revolution, denkt, so muß man in die Zeit seines Entstehens zurücksteigen. In den fünfziger Jahren hielt der Professor Stahl, der Begründer der konservativen Partei, an der Universität seine Vorlesungen über „Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche“, die später als Buch erschienen sind. Darin kann man (Seite 153) folgendes Erbauliche über das preussische Abgeordnetenhaus lesen:

Die Kammer des Reiches dagegen (es handelt sich um einen Vergleich mit dem englischen Parlament) bestehen unter günstigsten Umständen vorwiegend aus dem Mittelstande (hiermit ist nicht das gemeine, was wir heute Mittelstand nennen, sondern die Bourgeoisie), ja meistens selbst aus der größeren Volksschicht. Nun ist schon die Bourgeoisie nicht in dem Grad zur Herrschaft berufen als die Aristokratie, weil sie ein viel zahlreicherer Stand ist und die Einheit, nicht die Vielheit, zur Herrschaft tüchtig ist, weil sie in ihrer Stellung auf Erwerb und Gewinn angewiesen ist — nur die Notwendigkeit, der sichere Besitz befähigt zur Herrschaft — und weil sie nicht gleich der Aristokratie von jeher mit dem Thron und seinen Interessen enger verbunden ist. Jedenfalls aber kann man doch die Eigenschaften und namentlich die Regierungsfähigkeit der englischen Aristokratie nicht von einem Parlament erwarten, das aus allgemeinem aktiven und passiven Wahlrecht hervorgeht und Diäten bezieht!

Wie verächtlich dünkt es diesem Konservativen, daß ein Parlament Diäten bezieht! Darin liegt für ihn schon der Beweis, daß dieses Parlament nicht zur Regierung fähig sei, weil es Geld dafür nehmen muß. Heute wird diese alte konservative Tradition höchstens noch von Herrn v. Brandenstein gewahrt, der Reichstagsabgeordnete nicht in der ersten Eisenbahnklasse dulden will. Die übrigen Konservativen haben sich gemausert und fordern in Gemeinschaft mit ihren sonstigen Parlamentskollegen eine — Lohngulage von 5 M. pro Tag! Sie haben sich in dem „plebejischen“ Abgeordnetenhaus sehr häuslich und gemütlich eingerichtet, und die alle konservative Idee, welche ein solches Geldparlament grundsätzlich bekämpft, ist ihnen Durst.

Zimmer langsam voran!

Der „Nordwestdeutschen Morgenzeitung“ zu Oldenburg wird vom Oldenburgischen Staatsministerium mitgeteilt, daß die in der deutschen Presse in den letzten Tagen verbreitete Nachricht, das Staatsministerium habe seine Beratungen über die Einbringung des geheimen und direkten Wahlrechts abgeschlossen, durchaus unrichtig ist. — Die Oldenburger müssen also weiter warten, ob die hohe Weisheit des Ministeriums, in dem bekanntlich auch Herr Kubstrat sitzt, ein besseres Wahlrecht als ihnen zuträglich erachten wird.

Nach Frohnauer Hornschuh.

Der Fabrikant Hornschuh in Kulmbach hat es aufgegeben, die Ehrenhaftigkeit eines sozialdemokratischen Redakteurs brechen zu wollen. Das Amtsgericht Kulmbach hat dem Genossen Schlegel mitgeteilt, daß Hornschuh seine Verleumdung gegen den Genossen Goller zu Kulmbach zurückgezogen hat. Das Verfahren wurde unter Überbürdung aller Kosten auf den Kläger Hornschuh eingestellt.

So endet die Kulmbacher Justizaktion, die zu der Anwendung der Zeugnisstrafe gegen den Genossen Schlegel führte. Der tadeldürstige Hornschuh hatte mit der Beurteilung des Genossen Schlegel wegen Verleumdung seiner Person nicht genug, er wollte noch ein zweites Opfer, den Genossen Goller, haben. Und beim Amtsrichter Frohnauer fand er Verständnis und Hilfe. Sie hat freilich nicht zum Ziel geführt — der Maßzug wußte angetreten werden und als Schlussfest bleibt eine große Blamage und arge Diskreditierung der Kulmbacher Justiz.

Polnisches Zeitungsmonopol. Herr Adam Napieralski, der, nachdem er sich vom Zentrum zum Polensführer durchgemauert, in steigendem Maße die Leitung der oberösterreichischen polnischen Bewegung an sich gerissen hat, kaufte nach einer Weildung der „Oberschles. Zeitung“ auch das Blatt Korfantys, den „Polak“, sowie den Gleiwitzer „Głos Slonki“ an, so daß jetzt fast die gesamte oberösterreichisch-polnische Presse in seiner Hand ist.

Meine politische Nachrichten.

Auf eine direkte Eingabe des Pfarrers Grandinger um einen Stellvertreter während der Landtagsession und um die Erlaubnis, der liberalen Partei als Hospitant beitreten zu dürfen, verdrückt der Erzbischof Aberl, daß ein katholischer Priester nicht der liberalen Partei angehören kann, genehmigt aber die Annahme des Mandats, wenn Grandinger fraktionslos bleiben und selbst eine seelsorgerische Vertretung für sich schaffen will.

Der österreichische Reichsrat ist nach einer Weildung der „N. Fr. Presse“ auf Montag, den 17. Juni, einberufen. — Der französische Armee-Ausgleich hat beschlossen, der Kammer die Abschaffung der Kriegsgerichte zu empfehlen.

Schweiz.

Moritat.

Wolffs Telegraphen-Bureau bringt folgende, recht unsinnige klingende Sensationsmeldung:

Büsch, 4. Juni. Heute früh zwischen 2 und 3 Uhr drangen 5 unbekannt Personen, vermutlich (1) Russen, in die Vorhalle der kantonalen Polizeikaserne wohl (1) in der Absicht ein, den dort befindlichen, ausgewiesenen Alaragid zu befreien. Sie feuerten mehrere Revolverkugeln auf den Wachtposten ab, ohne zu treffen. Der Wachtposten alarmierte seine Kameraden, die sofort die Verfolgung aufnahmen; es gelang ihnen aber nicht, die Täter festzunehmen.

Die „vermutlichen“ Russen werden doch „wohl“ nicht solche Schafköpfe sein, um zu glauben, daß sie, ganze 5 Mann hoch, die Polizeikaserne stürmen könnten —?

Frankreich.

Die Weinbauern.

Paris, 4. Juni. Der Rabinetschef und der Finanzminister werden heute mit den Delegierten der von der Wingertrisse betroffenen Gegenden eine Besprechung haben. Die Interpellation über die Weinkrise soll am Donnerstag in der Kammer zur Beratung kommen.

Italien.

Polizei und Kamorra im Fucine.

Rom, 2. Juni. (Fig. Ver.)

Eine vom Genossen Marvazi redigierte Wochenzeitung, die in Neapel erscheinende „Scintilla“ (Funke), hat unlängst eine schwere Anklage gegen die Polizei erhoben. Sie hat den Organen der Neapolitaner Polizei vorgeworfen, die Prozesse gegen die Kamorra zu verschleiern, das Beweismaterial zu unterschlagen usw. Natürlich besetzte sich ein offizielles Korrespondenzbureau, alles zu dementieren. Im heutigen „Avanti“ wiederholt nun Marvazi seine Anklage und sagt, er wisse durch einen Offizier der Carabinieri, daß viele Polizeibeamte Wechselkandidaten haben und daß sich deren Schuldscheine in Händen von Kamorristen befinden! — So ist also die Polizei in der Gewalt der Kamorra und durch die Kette der Wechselkandidaten gebunden! Unter diesen Umständen ist es allerdings nicht zu verwundern, daß die Arbeit, die das Korps der Carabinieri zur Bekämpfung der Kamorra leistet, den energischsten Widerstand gerade bei der Polizei findet.

Die sozialdemokratische Parteifraktion hat eine Interpellation über das Bündnis von Polizei und Verbrechertum eingereicht.

Rom, 4. Juni. (V. S.) Vor zwei Monaten griff der Abgeordnete Hera den Gerichtshof von Catanzaro (Calabrien) als „Sitz der größten Korruption“ an. Einige Tage darauf

wurde der Gerichtsschreiber und sein Adjunkt verhaftet. Infolge einer ministeriellen Enquete an Ort und Stelle verfügte der Justizminister gestern die Disziplinaruntersuchung gegen acht Mitglieder des Gerichtshofes, darunter den früheren Oberstaatsanwalt. Der Präsident des Appellhofes wurde angefordert, seine Demission zu geben. Drei Richter sowie vierzehn Mitglieder des Kanzlei-personals wurden strafverurteilt, zwei Diurnisten entlassen.

Amerika.

Das Oberbundesgericht, das höchste Gericht in den Vereinigten Staaten, wird von der „New-Yorker Volkszeitung“ die feste Burg des Kapitalismus“ genannt, weil es sich in seinen Entscheidungen gewöhnlich der Arbeiterklasse feindlich gesinnt zeigt. Die Entscheidung im Falle der Gewerkschaftsführer Royer, Haywood und Pettibone z. B., die es billigt, daß die Genannten aus Colorado heimlich geraubt und nach Idaho gebracht wurden, erregte großes Aufsehen, weil sie offenbar ungerecht war. Kürzlich kam das Gericht in einem ähnlichen Falle zu einem entgegen gesetzten Beschlusse, als es sich um Millionen diebe handelte, die von Californien nach Oregon ausgeliefert werden sollten. Große Landdiebstähle waren aufgedeckt worden, und Kapitalisten waren angeklagt. Das Oberbundesgericht entschied nun, daß eine Anklage allein noch nicht genügender Grund sei, um einen Gefangenen nach dem Sitte des Gerichtsverfahrens zu bringen, wenn seine Verhaftung außerhalb des zuständigen Distrikts vorgenommen wurde. — Kapitalisten dürfen also auf eine bloße Anklage hin nicht einmal gesetzlich ausgeliefert werden, aber Arbeiter können heimlich mit Gewalt nach einem anderen Staat gebracht werden und das oberste Gericht sieht kein Unrecht darin!

Eine andere Entscheidung dieses Gerichts gegen Arbeiter, die in der letzten Zeit gefällt wurde, bezieht sich auf die Maschinenisten und alles sonstige Arbeitspersonal auf und an Schiffen der Vereinigten Staaten nicht Arbeiter, sondern „Seeleute“ seien, die also auf den Schutz des Kapitulationsgesetzes für Regierungsarbeiter keinen Anspruch haben! — Diese Entscheidung des in früheren Zeiten als durchaus „unparteiisch“ geltenden Gerichts haben weite Arbeiterkreise doch endlich sauer gemacht.

Die russische Revolution.

Die „taktischen Direktiven“ der Reaktion.

Das Organ der Moskauer Monarchisten „Mosk. Wjedomosti“, gibt den Plänen und Erwartungen der Reaktion stets offenen Ausdruck. In einer der letzten Nummern dieser Zeitung findet sich folgender Ratsschlag an die Regierung, der den Zweck verfolgt, „Ruhland zu retten“:

„Die Rettung Russlands muß mit dem Auseinandergehen der Duma beginnen. Doch dies allein genügt nicht. Es müssen gleichzeitig alle Abgeordneten der Einpartei in Haft genommen werden. Diese Maßnahme ist ebenso notwendig wie die Auflösung der Duma. Es unterliegt keinem Zweifel, daß plötzlich und mit gehöriger Strenge durchgeführte Handlungen eine Menge revolutionärer Ueberrassungen aufdecken werden, die jetzt in den Wohnungen, Vorleserzimmern und Taschen der Reuterer aus der Duma verborgen gehalten werden, welche sich mit dem beschlagnahmten Geleß über die Immunität der „Abgeordneten“ decken. Mit der Auflösung der Duma wird dieses unzulässige, für die Rebellens so bequeme Geleß außer Kraft treten, und die Regierung wird sodann ohne Furcht, sich gegenwärtig zu kompromittieren, die Möglichkeit gewinnen, mit dieser verdorbenen Bande ihren Verdiensten gemäß zu verfahren.“

Das ist doch wenigstens offener! Weiß denn aber die „Mosk. Wjedom.“ nicht, daß Stojpin schon längst nach ihrem famosen Rezept gehandelt hätte, wenn er nicht vor den ausländischen Geldgebern wenigstens das Delorum wahren müßte? — Das „Bureau Derold“ allerdings hört wieder einmal das Gras wachsen: Es meldet aus Petersburg vom 4. Juni, die Regierung habe bereits den Beschluß gefaßt, die Reichsduma aufzulösen!

Nun, so schnell schießen die — Russen denn doch wohl nicht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Baugewerbe.

Vorschlag zum Frieden.

Die stolze Zuerst, welche einzelne Unternehmer anfänglich zur Schau trugen, scheint nun doch mehr zu verfliegen; einer kritischen Beurteilung der Sachlage hält sie ja auch nicht stand. Es ist daher erklärlich, daß die reduzierten Forderungen der Arbeiter mehr vorurteilslos geprüft werden, und damit häufen sich die Stimmen, die zum Frieden mahnen, der herbeizuführen sei durch Anerkennung der bisher am heftigsten umstrittenen Arbeitszeitverkürzung. Im „Vokal-Anzeiger“ macht ein „herausragender Fachmann“ den Unternehmern den Vorschlag, die 8 1/2 stündige Arbeitszeit zu bewilligen, jedoch mit noch einer weiteren Reform. Die Nachmittagspause, die wegen der Unterbrechung der Arbeit einen größeren Zeitverlust bedeute als die eigentliche Pause, soll fortfallen. Die Arbeitszeit könne wie folgt festgesetzt werden: Morgens von 7—12 Uhr — mit 1/2 stündiger Frühstückspause — und von 1—5 Uhr nachmittags. Für dieses Zugeständnis an die Arbeiter sollen diese sich mit einem Vertragsschluß für eine über ein Jahr hinausgehende Dauer bereit erklären.

Die Unternehmer halten es für gut, sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit zu sprechen. In einer am Montag hinter verschlossenen Türen abgehaltenen Versammlung des Verbandes der Baugeschäfte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung hat mit großem Interesse von dem augenblicklichen guten Stande des Konflikts im Baugewerbe Kenntnis genommen und spricht ihre vollste Befriedigung über die bisher erzielten Erfolge aus.“

Der Verband steht nach wie vor bezüglich der Forderung der Arbeitnehmer hinsichtlich Verkürzung der Arbeitszeit auf seinem bisherigen Standpunkt, dieselbe entschieden abzulehnen.

Infolge der Tatsache, daß sich bereits Arbeitswillige in erheblicher Zahl bei den einzelnen Geschäften und im Verbandsbureau melden, die gewillt sind auf Grund der alten Bedingungen zu arbeiten und genügende Vorkahrungen zum Schutze von Arbeitswilligen getroffenen sind, beschloß die Generalversammlung, den Vorstand zu beauftragen, sofort Vorkahrungen in die Wege zu leiten, daß diese Arbeitswilligen in absehbarer Zeit eingestellt werden können. Die Terminfestlegung hierfür bleibt der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung vorbehalten.

Sie spricht dem Vorstand für die bisherige Leistung des Kampfes ihre vollste Zufriedenheit aus und erwartet, daß derselbe auch in Zukunft mit der gleichen Umsicht und Energie im Interesse unseres Standes und der Allgemeinheit fortgesetzt wird.“

Die Resolution hat natürlich nur den Zweck, nach außen zu wirken. Die Herren sind aber längst beraten, wenn sie glauben, durch provokatives Auftreten die Arbeiter einschüchtern zu können. Da sie es nicht wagen, in aller Öffentlichkeit zu verhandeln, sagen sich die Arbeiter: dort steht es schlecht! Und loger die bürgerliche Presse hat man von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Zur Tarifbewegung in der Herrenkonfektion. Eine öffentliche Versammlung der Westenarbeiterinnen und Westensänger fand am Montag bei Wendt in der Mäntelstraße statt, um

über die Frage, welche Forderungen in dieser Branche bei der gegenwärtigen Bewegung in der Konfektion zu stellen sind, zu beraten. Die Versammlung war stärker besucht, als man erwartet hatte, so daß sie nach dem großen Saal verlegt werden mußte. Dem einleitenden Vortrag hielt Fräulein Schaub. Nach einer allgemeinen Uebersicht über die Entwicklung und die wachsenden Erfolge der Gewerkschaftsbewegung und besonders des Schneiderverbandes schilderte sie die Verhältnisse in der Westenbranche der Berliner Konfektion. Was hier zu einer tariflichen Regelung drängt, ist bei der bis jetzt noch andauernd guten Konjunktur nicht eine besonders hervortretende Notwendigkeit der Forderung, sondern vielmehr der Umstand, daß für ein und dieselbe Arbeit bei den verschiedenen Firmen, ja teils auch bei ein und derselben Firma sehr verschiedene Preise gezahlt werden. Das führt selbstverständlich zu Lohnrückfällen, deren verberbliche Wirkung erst dann in vollem Maße hervortreten wird, wenn die ja unausbleibliche Verschlechterung der Konjunktur eintritt. Aus diesem Grunde ist es auch für die Arbeiterinnen wie für die Wähler der Westenbranche äußerst wichtig, daß sie sich beizeiten immer mehr in der Organisation zusammenfassen und gleich den andern Arbeitern und Arbeiterinnen der Konfektion eine allgemein geltende tarifliche Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen streben. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Haben doch längst erst die Zuschneider und Zuschneiderinnen der Herren- und Knabenkonfektion eine vorteilhafte Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse errungen, gestützt auf die Macht, die ihnen ihre Zugehörigkeit zum Schneiderverbande gibt.

Im selben Sinne wie die Referentin äußerten sich die Diskussionsredner und -Rednerinnen. Bestimmte Beschlüsse wurden vorläufig nicht gefaßt. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Kolleginnen und Kollegen der Westenbranche auch die allgemeinen Versammlungen der Konfektionsarbeiter besuchen sollten.

Die Kaiserliche Post als Konkurrent im Baukumpfergewerbe.

Von Mitgliedern des Metzalarbeiterverbandes war der Ortsverwaltung gemeldet worden, daß in der Steglitzerstraße 98 der Postgenosse Jahn, seines Reiches Droßigt und nebenbei auch kommunaler Ehrenbeamter, des Abends von 6—1/2 Uhr von Telefonarbeitern Kumpferarbeiten ausführen läßt.

Der Branchenvertreter Weigel untersuchte die Angelegenheit näher und stellte nach Rücksprache mit dem beim Berufsamt Köpenickerstraße angestellten Leuten folgendes fest:

Es ist den Telefonarbeitern verboten, sich zu organisieren. Um den Leuten aber Gelegenheit zu geben, zu dem von der Post gezahlten Stundenlohn von 45 Pf. soviel hinzuverdienen zu können, daß sie mit ihren organisirten Berufskollegen gleichleben, wird ihnen gnädigst gestattet, nach Feierabend sich noch Nebenbeschäftigung zu suchen. Die hier in Frage kommenden Arbeiter sind gelehrte Kumpfer und erklärten auf Vorhalten: „Um uns kümmert sich auch keiner, wir müssen sehen, wo wir bleiben, denn organisieren dürfen wir uns nicht.“

Wie die Meister über die von kaiserlich deutschen Postarbeitern mit staatlichem Werkzeug ausgeübte Konkurrenz denken, kann man gleichgültig sein; verlangen müssen wir aber, daß den Telefonarbeitern das ihnen zustehende Koalitionsrecht nicht verkümmert werde und ihnen ein auskömmlicher Lohn gezahlt wird, damit sie nicht nötig haben, sich einen Nebenverdienst durch Schmutzkonkurrenz im Baukumpferberuf zu verschaffen.

Deutscher Bauhändlerverband (Zahlstelle Berlin). Die am Sonntag abend stattgefundene Wahl der Delegierten zum 10. Verbandstage in Nürnberg zeitigte folgendes Resultat: Gewählt wurden: Viktor Bruns, Eugen Bräuer, Franz Wytomski, Fritz Freudenreich, Fritz Koeje, Max Kumpke, Karl Klappensch, Ernst Marx, Frau Martha Kozelmad, Josef, Karl Krotzer, Albert Kullowski, Hugo Demser, Alfred Lippold, Paul Schade, Georg Teufel, August Wagner, Richard Würzberger. Die Ortsverwaltung.

Bäckermeister Werlach berichtet, weder er noch seine Frau hätten die Verbreitung von Flugblättern gehindert, er habe dazu auch keine Veranlassung gehabt, weil seine Gefellen weiter arbeiten.

Wachtung, Freizeugehülften! Die Forderungen durchbrochen hat wieder der schon oft erwähnte und belannte Arbeitgeber Ritter, Schankelstraße 28. Die organisierten Kollegen werden ersucht, die Angelegenheit zu beachten.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmachergehülften Berlin. Bureau: Draisstraße 40.

Deutsches Reich.

Arbeitswillige Polak- und Revolverhelden.

Auf dem Streikbrecherdampfer „Guahyba“, das noch immer im Königsberger Hafen liegt, herrschen trübselige Zustände. Obgleich an Bord ständig eine Polizeiwache stationiert ist, gelang es oft nur mit größter Mühe unter den „Ordnungs“-elementen die Ordnung aufrecht zu erhalten. Am Freitagabend entspannte der Strom böser Leidenschaften unter diesen „Stützen des Kapitals“ böse Szenen. Es war am Abend nach 9 Uhr. Die einzelnen Transportschiffe hatten lange schon die Arbeitswilligen von den verschiedenen Arbeitsplätzen aus nach der „Guahyba“ gebracht, wo sie, wie gewöhnlich, unter dem Schutze der Polizei ihre Racheübungen ausübten. Nur drei Mann hatten sich in der Stadt verjagt und kamen per Taximeter angefahren. Vom Ufer aus riefen sie die Schiffswache an, ein Boot zum Ueberlegen zu senden. Möglich nun, daß dies nicht schnell genug gemacht wurde. Einem der Streikbrecher dauerte die Sache zu lange, er sprang in das Wasser, um das Schiff schwimmend zu erreichen, er sank unter und fand den Tod. Diesem Vorgang hatten die Streikbrecher an Bord der „Guahyba“ zugesehen und ein Teil der Arbeitswilligen stürzte nun gegen den wachhabenden Offizier, diesen beschuldigend, daß er das Boot zum Ueberlegen nicht schnell genug flott gemacht habe. Als der bedrohte Offizier sich zurückzog, wollte ein Teil der Streikbrecher die Offizierskabine stürmen, während ein anderer Teil das zu verhindern suchte. Darob kam es zum blutigen Streit und bald tobte an Bord der „Guahyba“ eine regelrechte Schlocht. Geräte und Schiffsteile wurden zerstört, so an einer Seite die Heckling niedergedrückt. Die stationierte Polizeiwache war machtlos und erst als weitere Hilfe herbeieilte, die aus circa 50 Schaulenten bestand, wurde man wieder Herr der Situation. Sieben Personen waren schwer verwundet, zwei nahmen sofort nach dem städtischen Krankenhaus transportiert werden; eine große Anzahl wurde an Bord durch den Schiffarzt verbunden. Die Polizei nahm am Abend vier Verhaftungen vor, am Sonnabend früh wurden noch zwölf Mann nach dem Polizeigefängnis gebracht. Die Wachen hatten sich beim Kampf der Polakmesser und Revolver bedient. Treßdem die „Königsberger Volkszeitung“ wiederholt darauf hingewiesen, daß die Streikbrecher gefährliche Waffen bei sich führen, ist es der Behörde bisher nicht eingefallen, diesen Leuten ihr gemeingefährliches Maßzeug abzunehmen. Bevor am letzten Freitag der blutige Kampf an Bord der „Guahyba“ begann, hatte es an Bord schon einen bösen Streit gegeben, der jedoch frühzeitig unterdrückt werden konnte. Dann endlich wird die „Guahyba“ mit ihrer „wertvollen“ Ladung die Kaiserlichter?

Der Wasseranbsperrung in Straßburg folgt ein Wasserstreik. Der Tarifschlichter in Straßburger Wasserwerke ist an der belagerten Submissionsforderung der Wasserleitung gescheitert. Am Montagvormittag beschlossen nun die bisher ausgesperrten Gehülften mit 100 von 105 abgegebenen Stimmen in den Streik einzutreten. Der Kampf hat sich also verschärft. Zwei Firmen haben bereits den Tarif anerkannt. Die meisten Gehülften sind bereits während der Absperrung abgereist.

Zur Bergarbeiterbewegung in Ostpreußen. Die preussische Bergarbeiterorganisation hat sich an den Meyer Bezirkspräsidenten ge-

wandt, daß er die Vermittlung in dem Knappschaffsstreik übernehmen soll. Der Regierungsbeamte erklärte sich dazu bereit, wenn die Unternehmer damit einverstanden seien.

Ausland.

Der Streik der eingeschriebenen Seeleute in Frankreich. Seit einigen Tagen schon stehen die „eingeschriebenen Seeleute“ Frankreichs im Streik. Ihnen haben sich auch die Kapitäne für lange Zeit, die Maschinenisten, kurz alle Kategorien des Seemannsberufes angeschlossen. Die Ursachen dieser Bewegung sind folgende: Die Seeleute der französischen Handelsflotte haben, soweit sie eingeschrieben sind, durch das Gesetz Colbert, Minister unter Ludwig XIV., die Pflicht im Notfall der Kriegsflotte zur Verfügung zu stehen. Dafür erhielten sie das Recht auf eine bestimmte Pension, zu der sie übrigens auch selbst Beiträge zu leisten hatten. Seit langen Jahren fordern die „Eingeschriebenen“ eine Erhöhung dieser Pension. Diese beträgt jetzt im Minimum 204 Frank und für die Kapitäne für lange Fahrt 780 Frank. Gelegenheit des letzten Kongresses der Seeleute unterhandelte eine Deputation des Verbandes mit dem Marineminister und stellte gewissermaßen ein Ultimatum. Der Marineminister Thomson versprach, den Wünschen der Seeleute Rechnung zu tragen, und hat jetzt auch einen Gesetzentwurf vorgelegt. Das, was durch diesen den Seeleuten geboten werden soll, befriedigt diese aber nicht. Die Pensionssätze sind ihnen viel zu gering. Die Pension der Seeleute soll danach auf 800 Frank, die der Kapitäne auf 1000 Frank erhöht werden. Die Seeleute fordern aber im Minimum für die untersten Kategorien 600 Frank, für die Mechaniker, Kapitäne und Ärzte 1100 bis 1500 Frank. Die Seeleute glauben sich zu diesen Forderungen um so mehr berechtigt, als aus ihren Beiträgen und denen ihrer Vorfahren im Laufe der Jahrhunderte ungeheure Summen zusammengekommen sein müßten, wenn nicht der Staat diese Gelder auch für andere Zwecke mit verwandt hätte. Circa 90 Millionen an Zinsen müßten nach einer aufgestellten Berechnung pro Jahr zum Zwecke der Verteilung vorhanden sein, wenn gemäß den Bestimmungen des alten Gesetzes alle für diesen Zweck vereinnahmten Gelder dem hierfür errichteten Fonds zugeführt worden wären. Die Regierung versucht durch Einstellung von Kriegsschiffen die Postverbindungen zwischen den südfranzösischen Häfen und den übrigen Mittelmeerstaaten aufrecht zu erhalten. Die Streikenden verhalten sich durchaus muttergütig, es ist noch in keinem der beteiligten Häfen zu irgend welchen Unruhestörungen gekommen.

Aus Paris wird uns vom 3. Juni weiter geschrieben: Heute haben die hierher delegierten Vertreter der verschiedenen Häfen mit dem Marineminister verhandelt, aber ohne Ergebnis, da Herr Thomson in Zugeständnisse, die über seinen Entwurf hinausgehen mit Berufung auf die mangelnden Mittel verweigert. Unterdes aber ist der Streik, dem sich nunmehr alle Häfen angeschlossen haben, zu einer nationalen Katastrophe geworden. Eine Verteuerung der meisten Lebensmittel ist unausbleiblich, da die Seefische, deren Zufuhr infolge des Ausstandes der Fischer aufgehört hat, ein Massenkonsumartikel sind und auch ein großer Teil des Gemüses, das auf den Pariser Markt kommt, den Seeweg macht.

Zur Verschärfung des Konflikts tragen auch die Reeder bei. Die zwei größten Gesellschaften, die „Compagnie Transatlantique“ und die „Messageries Maritimes“ haben nämlich die Offiziere, die in Dienst nicht wieder aufnehmen wollten, entlassen. Das Marineamt in Havre, den die dortigen Streikenden als Deserteure anhängen, hat vernünftigerweise ihrer Klage keine Folge gegeben. Diese Entscheidung, über die sich die Gesellschaften eute im „Temps“ beklagten, sind allerdings das einzige vernünftige, das sich im Verhalten der Regierung bisher gezeigt hat. Die Bereitwilligkeit, womit die Regierung den Reeder Marine-soldaten als Streikbrecher zur Verfügung gestellt hat, ist übrigens nicht überall von Erfolg gewesen. In Marseille haben die Kapitäne die Soldaten zurückgewiesen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage, ob es gelingen wird, Streikbrecher für die Transatlantiker zu finden, die die Passagiere der ausländischen Paketboote in Havre und Cherbourg an Bord bringen. Die Streikenden rechnen besonders auf die Solidarität der deutschen Seeleute der Auswandererschiffe der Hamburg-Amerika-Linie.

Die Frauen und der Bäckerstreik.

Der Mißerfolg der vom Hefeshndikat beschlossenen Materialsperrung hat bei den Innungs-Bachstabenprogen wie eine Bombe eingeschlagen. Aus dem berauschten Siegesgefühl wurden sie in die graue Wirklichkeit zurückgerufen: ihre beste, sicherste, hoffnungsvollste Schutz- und Krutwehr ist gefallen! Dem Jüdel, darüber, daß sie die friedfertigen, vernünftigen Meister zum Wortbruch, zu stillen wehrlosen Ratschen unter die Innungs- und Syndikatsfustel zwingen würden, ist die Angst über völlige Desorganisation in den eigenen Reihen gefolgt. Die Verhandlung der Bäckergehilfen hat in weiser Vorsorge nicht nur für den Eingang genügender Mengen Hefe Vorkehrungen getroffen, sondern auch die sofortige Anfuhr von Mehl und anderen Materialien gesichert, falls man in anderen Lager auf den Einfall kommen sollte, nach dem vollständigen Verlegen der Hefesperrung noch andere Kraftproben zu versuchen. Die Verlegenheit bei den Innungsmeistern und deren Helfersheisen erhellt am besten aus der Tatsache, daß von allen ihren Grohsprechereien nur noch ein Brunkel mit einer großen Zahl Arbeitswilliger geblieben ist. Aber auch mit dieser Behauptung der Schrippenmeister hat es seinen Haken. In fast allen deutschen Städten werden Gefellen gesucht bei 12 M. Wochenlohn, Kost und Logis beim Meister und Reisegeldvergütung. Wir sind so freundlich, gratis für die Weiterverbreitung dieser verlockenden Offerte für Streikbrecher zu sorgen. Wir wollen helfen, das Ueberangebot zu verstärken. Daß die Innungsmeister mehr Gefellen haben, als sie brauchen können, glauben wir, denn sie haben bald nichts mehr zu baden, während die Meister, die mit den Gefellen sich verständigigen, ihren Kundenkreis ständig wachsen sehen. Und unsere Frauen werden dafür sorgen, daß das so bleibt. Nicht die Frage der Arbeitswilligen entscheidet den Streik, das Hauptwort reden die Konsumenten! Das erkannten unsere Genossinnen auch sofort und die Innungsmeister haben den Erfolg davon bereits verspürt. Daß das aktive Eingreifen der Frauen in den öffentlichen Kampf von nicht geringem Einfluß ist, haben die heute abend stattgefundenen Versammlungen gezeigt und auch nach außen in Erscheinung treten lassen. Die Versammlungen gestalteten sich zu einer Massendemonstration, mit der sicher zu erwartenden Nachwirkung einer Verschärfung des Boykotts. In allen Versammlungen gelangte zur Annahme die folgende

Resolution.

Die heutige Versammlung erklärt: Angesichts der überlangen Arbeitszeit der Bäckergehilfen, die im 20. Jahrhundert immer noch unter dem elenden Kost- und Logiswesen, 7 Nächte je 12 Stunden, pro Woche, also 84 Stunden und mehr in der intensivsten gesundheitschädigendsten Weise zu arbeiten gezwungen sind, muß das Streben der Bäckerinnungen gegen die Forderungen der Bäckergehilfen als ein Hohn auf die Menschlichkeit und als Ausfluß rücksichtslosster Unternehmerrückständigkeit bezeichnet werden.

Der hinterhältige Taktik- und Wortbruch der Bäckerinnungen zeigt vom jämmerlichsten moralischen Tiefstand dieser Korporationen, welcher die tiefste Verachtung aller Gerechtigkeitsdenker herausfordert muß.

Die heuchlerische Behauptung der Innungen, daß die minimalen, menschlich berechtigten Forderungen zur Verteuerung des täglichen Brotes führen würden, ist nichts als eine raffinierte

Spekulation auf die Denkfähigkeit, da die Belastung von durchschnittlich 1/2 Proz., die die Bäckermeister mit Leichtigkeit selbst zu tragen vermögen, gegenüber der 30prozentigen Verteuerung des täglichen Brotes durch den von den Innungen offiziell begünstigten Jollwucher eine lächerliche Bagatelle ist.

Die jegliche scheinbare Volkseindlichkeit der Bäckerinnungen wird am besten durch ihre konsequente volkseindliche Stellungnahme bei allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Streitfragen und Kämpfen illustriert. Die schamlose Parteinahme der agrarindustriellen Großkapitalisten des Hefeshndikates, unter dessen Schutz sich die Innungen flüchteten, sagt das übrige. Der Kampf der Bäckerarbeiter ist, wie fast alle sozialen Kämpfe der Neuzeit, von den Unternehmern zu einem Klassenkampf im wahren Sinne des Wortes gestempelt worden.

Den Bäckergehilfen und ihrem Kampf um ein menschenwürdiges Dasein gebührt daher die Sympathie des Volkes und aller wahren Volkseindlichen. Gerade die Frauen haben die größte Macht, aber auch das größte Interesse daran, Arbeitsbedingungen, wie die der Bäckergehilfen es sind, sobald als möglich zu beseitigen. Daher verpflichten sich die Versammelten, den Kampf der Bäckergehilfen zu dem ihrigen zu machen und durch die tatkräftigste Unterstützung den streikenden Bäckergehilfen über ein höchmütiges und rücksichtsloses Unternehmertum zum vollen Siege zu verhelfen.

Ueber die einzelnen Versammlungen gehen und in späterer Stunde noch Berichte zu, aus denen wir die folgenden kurzen Situationsangaben wiedergeben:

In Dräfels Festsälen, Neue Friedrichstraße, hatten die Genossinnen des ersten Kreises eine überraschend gutbesuchte Versammlung veranstaltet. Genosse Diebel's Rede wurde mit Beifall aufgenommen. Hier haben die Frauen eine schöne Gelegenheit, meinte der Redner, einer schwer bedrückten Arbeiterklasse die helfende Hand zu reichen, daß sie aus einem mittelalterlichen Abhängigkeitsverhältnis endlich herauskomme. Zugleich müßte jede tüchtige Hausfrau es verstehen, daß in solchen Bäckereien, wo die alten verrotteten Zustände noch in Geltung sind, auch die größte Unsauberkeit herrschen muß. Für appetitliche Backwaren bietet ein Meister, der bewilligt hat, doch entschieden die größere Garantie.

Der große Saal des Hofjägerpalastes in der Hofenheide war bis zum letzten Platz gefüllt. Das weibliche Element trat hier besonders in den Vordergrund. Sehr anschaulich schilderte der Referent, Bäcker Knoll, die ihm nur zu bekannten Besondereheiten der hygienischen und sonstigen Zustände (wie: Rißstände) in den Bäckereien. Geradezu ergreifend wirkte es, als er des Licht- und Luftmangels der Bäckergehilfen gedachte und dabei zeigte, wie die Meister einerseits alles taten, sie möglichst lange an die dumpfen Räume zu fesseln, und andererseits nichts taten, um den schlimmsten Lebensbedingungen in hygienischer Beziehung abzuhelfen. „Bieten Sie uns die Hand“, rief er in die erschütterte Versammlung, „um uns, die wir noch zu sehr unter dem Druck der Arbeitgeber leiden, befreien zu helfen!“ (Stürmischer Beifall.)

Bei Buggenhagen am Korkplatz hatten sich etwa 1000 Personen eingefunden, unter denen man viele Frauen bemerkte. Genossin Fahrenwald referierte. Sie wandte sich besonders an die Frauen mit der dringenden Bitte, recht zu beherzigen, was sie über die Not der Bäckergehilfen zu sagen habe. Jede möge das Gehörte weiter tragen und das ihre tun, um den streikenden Bäckern, diesen ganz besonders bedrückten und gequälten Proletariern, zu einem schnellen Siege zu verhelfen. Ihre Wohnungen seien auf freistehbaren Boden. Das bewiesen die Beifallsstundengungen, die spontan hervorbrachen, wenn sie besonders traffe Rißstände im Bäckergewerbe wahrheitsgemäß schilderte und die Notwendigkeit ihrer Befreiung stark betonte.

Die in ihrer übergroßen Mehrzahl aus Frauen zusammengesetzte gut besuchte Versammlung in der Urania nahm das die sachlichen Forderungen der Bäckergehilfen begründende Referat des Genossen Ad. Ritter beifällig auf. An das Referat schloß sich eine recht lebhaft diskussion an.

Die Versammlung in der Drachenburg, in der Genossin Altmann referierte, war überaus stark besucht, bis weit in den Hof hinaus drängte sich Kopf an Kopf. Zwei Bäckermeister versuchten die Forderungen der Gefellen als unberechtigt nachzuweisen, fanden aber bei der Versammlung nicht die geringste Gegenliebe.

Bei Dreuer, Große Frankfurterstr. 117, eröffnete Frau Grubm die sehr gut von circa 900 Personen besuchte Versammlung, in der Frau Wehl in großen Zügen die traurige Lage der Bäckergehilfen darlegte und die minimalen Forderungen der Arbeiter begründete.

Die im Elbium tagende Versammlung war überaus stark besucht, kein Plätzchen im Lokal war für Nachzügler frei. Genosse Fendel fand mit seinen Ausführungen, in denen er in morlanen Zügen die Situation schilderte, begeisterten Beifall. Ein Bäckermeister bemühte sich vergeblich, die Stellung der Schrippengehilfen zu rechtfertigen.

Genosse Ernst Brückner referierte in der von circa 600 Personen besuchten Versammlung in Liffins Gesellschaftshaus, Remerstraße. Kopf an Kopf standen die andächtig lauschenden, sich zum großen Teil aus Frauen zusammensetzenden Besucher.

Im alten Schützenhause, Linienstraße, war die Versammlung des fünften Kreises ebenfalls sehr stark besucht. Hier sprach Genossin Martha Hoppe. Die zahlreich anwesenden Frauen erklärten sich mit Freuden bereit, das ihrige dazu beizutragen, damit die Bäckergehilfen den Kampf gegen die hartnäckigen Meister mit Erfolg bestehen.

Die in den Arminiushallen tagende Versammlung war schon um 8 Uhr derartig überfüllt, daß hunderte Zustromende wieder umkehren mußten. Genosse Max Grünwald referierte und erntete bei den Anwesenden, zumeist Frauen, reichen Beifall. Eine Resolution, die die Bäcker in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen aufforderte, fand einstimmige Annahme. Genossin Wulf forderte zum Abonnement des „Vorwärts“ und der „Gleichheit“ auf.

Die Versammlung auf dem Gesundbrunnen in Schirms Festsälen, Badstraße, war schon vor 8 Uhr sehr überfüllt. Die Rednerin war Genossin Martha Liech, die mit ihren Ausführungen reichen Beifall erntete. Die Frauen gaben freudig ihre Zustimmung zu erkennen, als die Rednerin die wertvolle Hilfe der Frauen und Mädchen verlangte, um den Boykott gegen die feindseligen Bäckermeister wirksam zur Anwendung zu bringen. Es wurde betont, daß es hier auf den Boykott hauptsächlich ankomme und man lieber einige Unbequemlichkeiten auf sich nehmen und keine Opfer bringen müsse, als den Bäckergehilfen die beste Hilfe zu versagen.

Für den Wedding fand eine Versammlung in den Germania-Sälen (im Weihen Saale), Chausseestraße, statt. Hier sprach Genosse Wurm vor einem überfüllten Hause. Mit Beifall nahmen besonders die Frauen, die zahlreich vertreten waren, die Aufforderung entgegen, einzutreten in den Kampf um die Rechte der Bäckergehilfen.

Die Versammlung im Swinemünder Gesellschaftshaus war schon sehr zeitig überfüllt. Die Rednerin lauschte die tausendköpfige Menge, zum überwiegenden Teil Frauen, den Ausführungen des Genossen Hülshöhe. Hatte so manches kugelrunde Bäckermeisterlein die Gelegenheit wahrgenommen, er hätte an dem, dem Redner gespendeten Beifall erkannt, daß die Berliner Hausfrauen trotz Bäckerinnung und Hefeshndikat dem Kampf der Gefellen um menschenwürdige Zustände zum Siege verhelfen werden.

Im Berliner Prater war bereits vor 8 Uhr der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt und wurde von der Polizei abgesperrt. Durch Zusammenrücken konnte jedoch noch

für einige hundert Nachzügler Raum geschaffen werden, so daß gut 1500 Personen, zur großen Mehrzahl Frauen, anwesend waren. Ein anarchistischer Zeitungshändler erregte dadurch ein unliebsames Aufsehen, daß er den Beweis für seine Gefesverwandtschaft mit der Rädergarde zu erbringen versuchte.

Das vortreffliche Referat des Genossen Robert Schmidt wurde allgemein beifällig aufgenommen und zeugte der Geist der Versammlung davon, daß es den Arbeiterfrauen bitterer Ernst ist, den Bäckergehilfen den Sieg erringen zu helfen.

In Schöneberg sprach unter allgemeiner Zustimmung der circa 600 Besucher Genossin Thiel. An das Referat knüpfte sich eine lebhaft diskussion, in der familiäre Redner ersuchten, die Bäckergehilfen in ihren gerechten Forderungen zu unterstützen.

Rixdorf. Die heutige Volksversammlung war schon gegen 8 Uhr von unseren Genossinnen und auch von bürgerlichen Frauen zahlreich besucht und immer wieder strömten neue Scharen hinzu, so daß der Saal von über 1000 Personen besetzt war. Das 1 1/2 stündige Referat des Genossen Rath wurde mit großem Interesse aufgenommen.

In Rummelsburg war die Versammlung ebenfalls überfüllt. Die Anwesenden, überwiegend Frauen, stimmten den Ausführungen des Genossen Böste mit kühnem Beifall zu. Die Versammlung bewies, daß in Rummelsburg für die Innungsmeister nichts zu hoffen ist.

Vor über 600 Personen, meistens Frauen, sprach Genossin Thier in Lichtenberg im „Schwarzen Adler“. Die Ausführungen der Referentin wurden mit kühnem Beifall aufgenommen. Einige Innungsmeister, die in der Diskussion versuchten, sich zu rechtfertigen, wurden unter jubelndem Beifall gründlich abgeföhrt.

Auch in Weißensee war die Versammlung, in der Genosse Rirrow referierte, überfüllt. Das stärkste Kontingent stellten die Frauen, die durch starken Beifall befehdeten, daß sie kräftig für den Sieg der Gefellen wirken würden. Ein Innungsmeister holte sich die provozierte Abfertigung.

Die Versammlung in Tegel, in der Genosse Eugen Brückner referierte, war von weit über 1000 Personen besucht. Ueber die Hälfte der Anwesenden waren Frauen. Die Ausführungen des Referenten wurden mit kühnem Beifall aufgenommen. Eine solch imposante Versammlung hat Tegel lange nicht gesehen.

Angesähr 300 Personen, vorwiegend Frauen, hatten sich zu der Versammlung in Pankow, wo Genosse Bagels referierte, eingefunden. Beschlossen wurde, in Pankow eine Niederlage zu errichten, in der ein Bäcker, der bewilligt hat, Waren zum Verkauf stellt.

Eingegangene Druckschriften.

- Moderne Erziehung in Haus und Schule. Vorträge von A. Tross. (Aus Natur und Geisteswelt.) 159. Bändchen. — Volksschule und Lehrerbildung in den Vereinigten Staaten von F. Kappeler. (Aus Natur und Geisteswelt.) 150. Bändchen. Verlag: B. G. Teubner in Leipzig. Preis jedes Bändchens geb. 1 M., geb. 1,25 M.
- Die Neue Gesellschaft. Heft 10. Herausgeber Dr. G. Braun und W. Braun. Verlag Berlin W. 15.
- Grundfragen der Schulorganisation von G. Kerschensteiner. 320 M. Verlag: B. G. Teubner in Leipzig.
- Rechenhaftigkeitsbericht des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine. 42 Seiten. Druck von G. Krebs in Basel. (Schweiz)
- Bildungsausschuss des Gewerkschaftsbundes Bremen. Bericht über die zweite Tätigkeitsperiode 1906/07. 24 Seiten. Selbstverlag.
- Grabbes Werte. Bearbeitet von Paul Friedrich. Preis gebunden 2 M. Verlag: A. Weichert, Berlin NO. 43.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Auch eine Studienreise.

Gattenheim, 4. Juni. (B. S.) Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses traf heute auf ihrer Weininformationsreise hier ein, nachdem sie gestern in den Hübshheimer Domänenkellereien Hübshheimer und Ahmannshäuser Weine durchprobt und dann der Weihenheimer Lehranstalt einen Besuch abgestattet hatte. Nach Besichtigung der Domänenkellereien in Kloster Eberbach reisten die Herren nach Berlin zurück.

Bomben-Explosion.

Büch, 4. Juni. (B. L. B.) Heute nachmittag explodierte auf dem Keinen Plage an der Ecke der Garten- und Zweierstraße in Büch 3 (Industrieviertel) mit hartem Knall eine Bombe. Kinder hatten beim Spielen eine Schnur aus einem Einstiegsloch der Kanalisation herausgezogen und daran gezerrt. Darauf war die Explosion erfolgt. Zwei sechsjährige Mädchen wurden schwer, ein sechsjähriger Knabe leicht verletzt. Der Urheber ist noch nicht ermittelt.

Großfeuer.

Paris, 4. Juni. (B. S.) In Verd zerbrach in der letzten Nacht eine Feuersbrunst drei Hotels und sieben Villen. Der Schaden beläuft sich auf etwa 1 Million Frs. Die Feuerwehre konnte nur mit großer Anstrengung die weitere Ausdehnung des Brandes verhindern. Ein weiteres Häuserviertel war stark bedroht.

Der Streik der französischen Seeleute.

Cherbourg, 4. Juni. Hier haben die Mannschaften der Leichter-Schiffe, die für die transatlantischen Postdampfer das Anladen besorgen, beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Der Terror.

Zuer, 4. Juni. (B. L. B.) Bewaffnete Mörder töteten heute in einer Straße am hellen Tage einen Bezirksausseher, zwei Schutzleute und eine Zivilperson. Einer der Attentäter wurde verhaftet.

Absehung reaktionärer Gesetze.

Petersburg, 4. Juni. (B. L. B.) Die Duma lehnte in ihrer heutigen Sitzung zwei von dem Justizministerium eingebrachte Gesetzentwürfe ab. Der eine betraf Maßnahmen zur Verhütung der Entweichung von Gefangenen aus den Gefängnissen, der andere die Genehmigung des provisorischen Gesetzes vom 21. August 1906 über die Verschärfung von Strafen für die Verbrechen von regierungseindlichen Lehren in der Armee und über die Verweisung aller solcher Fälle an die Militärgerichte anstatt an die Zivilgerichte. Der militärische Generalkaassant und der Gehilfe des Justizministers drangen auf die Genehmigung des Gesetzes vom 21. August, indem sie die Gefahr darlegten, welche die Propaganda in der Armee für das ganze Land in sich schließe. Der Berichterstatter der Kommission, Rusmin Kazawoff, erkannte durchaus die Notwendigkeit an, die Armee vor dem verderblichen Einflusse der Revolution zu schützen, drückte aber Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer Verschärfung der Strafen aus und erhob Einspruch gegen das Mißtrauen gegen die Zivilgerichte. Um 6 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben.

Eine Frau als Vorsitzende.

Helsingfors, 4. Juni. (B. L. B.) Die große Kommission des Landtages, die mit den wichtigsten Arbeiten dieser Körperschaft betraut ist, zählt unter ihren 60 Mitgliedern vier weibliche. Ihrer Parteizugehörigkeit nach gehören 23 der sozialdemokratischen, 19 der altfinnischen, 7 der schwedischen, 7 der jungfinnischen Partei und 8 der agrarischen Vereinigung an. — Zur Vorsitzenden der Petitionskommission wurde ein weibliches Mitglied des Landtages, Frau Hagmann, gewählt.

Die badische Fabrikinspektion.

Die vom leider so früh verstorbenen B6rshoffer erhaltenen Jahresberichte der badischen Fabrikinspektion gelten als musterg6utig, weil in ihnen das Verh6ltnis zwischen Unternehmern und Arbeitern wahrheitsgetreuer geschildert und vorhandene Mißst6nde in einer im 6brigen Deutschland nicht erh6rten Freim6utigkeit bloßgelegt wurden. Diese trefflichen Grundz6ge B6rshoffers sind auch von seinem Nachfolger, Dr. Wittmann, hochgehalten. Selbstverst6ndlich hat das Unternehmertum die B6rshoffer entgegengebrachten Antipathien auch auf die jetzige Fabrikinspektion 6bertragen und noch erheblich gesteigert. Das Unternehmertum ist emp6rt dar6ber, daß der Fabrikinspektor seine Pflicht zu erf6llen sucht. Es heßt gegen ihn und sucht geradezu durch einen organisierten Widerstand gegen pflichtm6ßige Amtserf6llung des Fabrikinspektors diesem begreiflich zu machen, daß das Unternehmertum der Herr im Staate und der Beamte nur bez6helter Kuli zur Wahrnehmung der Unternehmerinteressen sein soll. Das geht aus dem letzten Jahresbericht trotz aller Vorsicht, mit der 6ber dieses Streben berichtet wird, klar hervor. Es heißt da:

„Es gewinnt den Anschein, daß eine aus dem Schoße eines grohen industriellen Vereins hervorgegangene Anregung auch in unserem Lande Boden findet, die Anregung n6mlich, daß die Fabrikanten ihren Interessensvertretungen oder Verb6nden Kenntnis geben m6chten von Vorf6llen, bei welchen — nach Ansicht der Arbeitgeber — die Gewerbeaufsichtsbeamten ihre Befugnisse 6berschreiten.“

Der Bericht f6hrt zwei F6lle an, wo auf dem Umwege 6ber den Unternehmerverband respektive der Handelskammer, gegen revidierende Beamte der Fabrikinspektion beim Vorstand der Gewerbeaufsicht Beschwerde erhoben wurde. Welche Uebergriffe soll der betreffende Beamte gegen6ber diesem Unschuldslamm von Unternehmer sich erlaubt haben? Man h6re und staune:

„Bem6ngelt wurde — wir zitieren nach dem Bericht —, daß der Beamte sich mit einzelnen Arbeitern unterhalten, sich bei dem Meister nach dem Lohn der Leute erkundigt und nach Angabe der L6hne „eine deutliche Geb6rde der Unzufriedenheit kundgegeben“, einem Arbeiter, der seinen Lohn auf 2,30 M. angegeben, gesagt habe, hiermit k6nne er „keine grohen Spr6nge machen“, und schliehlich, daß er sich bei dem Meister erkundigt habe, ob unter den Arbeitern nicht schon Stimmen wegen Errichtung eines Arbeiterauschusses laut geworden seien.“

Dies sachliche, vom Werkmeister seinem Chef und von diesem dem Verbands weiter gemeldete Ausf6hren wird als „enfrieden zu weitgehend, verwerflich, das Ansehen der Arbeitgeber untergraben“ bezeichnet, und das Ersuchen ausgesprochen, solche f6r die Industriellen unangenehmen Vorkommnisse m6chten vermieden werden!

In dieser Beschwerde kommt der ganze Prohenstandpunkt des Unternehmertums zum brutalen Ausdruck. Was bildet sich so ein Inbent6nis von Aufsichtsbeamten ein, nach den L6hnen der Arbeiter sich zu erkundigen und gar, als er deren „H6he“ erf6hrt, anstatt in Verwunderung 6ber die gute Bezahlung auszubrechen, sich erlaubt — Frechheit 6ber Frechheit! —, eine deutliche Geb6rde der Unzufriedenheit kundzugeben! Anstatt dem Arbeiter zu sagen, mit einem Tagelohn von 2,30 M. k6nne er keine grohen Spr6nge machen, h6tte er ihm wohl beweisen sollen, daß er damit grohe Ersparnisse machen und infolgedessen es demn6chst selber zum Grohfabrikanten bringen k6nne. Ein Fabrikinspektor soll die Arbeiter nicht fragen, weil das Ansehen des Arbeitgebers dadurch untergraben wird. Was der Beamte zu wissen braucht, kann er vom Unternehmer, wenn dieser ihn mit der im Interesse der Nichtausbeutung von Mißst6nden liegenden Bindeseile durch den Betrieb f6hrt, leicht erfahren. Dadurch w6re dann freilich die Fabrikinspektion zu einer v6lligen Scheininspektion herabgedr6ckt.

Die zweite von einer Handelskammer vertretene Beschwerde ist nicht minder bezeichnend. Einer der Fabrikanten hatte eine Bem6ngelung des revidierenden Beamten in einem ungesch6rigen Tone zur6ckgewiesen und zudem behauptet, daß die montierten Verh6ltnisse in anderen Fabriken gerade so lagen. Der Beamte hatte hierauf erkl6rt, daß dann auch dort Revisionen notwendig seien und diese Dinge im n6chsten Jahresbericht der Fabrikinspektion behandelt werden m6ssen. Aus diesem Vorfall suchte die Handelskammer dem Fabrikinspektor einen Strich zu drehen.

Solche Hege des Unternehmertums gegen die Pflichterf6llung der Fabrikinspektoren macht es verst6ndlich, wenn minder pflichttreue Fabrikinspektoren sich scheuen, bei den Revisionen Arbeiter zu befragen, zumal sie bef6rchten k6nnen, daß Arbeiter aus Furcht vor Mißregelungen mit der Wahrheit zur6ckhalten oder schon durch die Befragung der Gefahr einer Mißregelung ausgef6hrt werden. In dem Bericht heißt es nach dieser Richtung hin recht bezeichnend: „Das Gespr6ch an sich, nicht sein Inhalt, gibt oft schon Anlaß zu unliebsamen Wirkungen f6r den Arbeiter.“

Die auch in Baden durchaus ungen6gende Zahl der Gewerbeaufsichtsbeh6rde-Beamten macht den Mangel ausreichender Revisionen erkl6rlich. Die Zahl der Revisionen in Fabriken und diesen gleichgestellten Anstalten ist betr6chtlich geringer als im Vorjahr, obgleich die Zahl dieser Betriebe von 9040 auf 9542 hinaufging. Es wurden nur 32,4 Proz. der Betriebe gegen 40,3 Proz. im Vorjahr revidiert; da aber bei der Revision die Grohbetriebe in erster Linie ber6cksichtigt worden sind, so befinden sich in ihnen 59,7 Proz. der Gesamtarbeiterzahl, gegen 65,9 Proz. im vorausgegangenen Jahr. Entsprechend der geringeren Zahl von Revisionen wurden auch weniger Auflagen gemacht; ihre Ziffer sank von 4703 auf 3028. Revisionen wurden vorgenommen 6berhaupt:

1903	4061	mit 57,2 Proz. der Gesamtarbeiterkraft
1904	4442	62,7
1905	4148	65,9
1906	3805	59,7

Auflagen wurden den Unternehmern gemacht	
1903	4081
1904	4442
1905	4307
1906	3018

Sterben ereigneten sich

Jahr	Verh6tung gesundheitsgef6hrlicher Einfl6sse	Unfall- verh6tung	Allgemeinshut der Arbeiter
1903	1494	1038	1551
1904	1775	1024	1043
1905	1801	1488	1404
1906	1189	881	948

Auff6llig ist der R6ckgang der Auflagen zum Zwecke der Unfallverh6tung. Daß die Ursache hierf6r nicht auf bessere Betriebsbedingungen, sondern auf den R6ckgang der Revisionen zur6ckzuf6hren ist, erh6llt daraus, daß die Steigerung der Unf6lle vom Bericht selber als offensichtlich bezeichnet wird. Allerdings versucht er, die gesteigerte Unfallziffer mit dem besseren Gesch6ftsgang und der „damit in engerer Beziehung stehenden gesteigerten T6tigkeit in den Betriebsst6tten“ zu erkl6ren.

Die Zahl der jugendlichen Arbeiter betrug 19140 gegen 17794 im Vorjahr, ihre Zunahme ist ungef6hr analog der Zahl der erwachsenen Arbeiter. In den letzten 4 Jahren ist eine kleine prozentuale Zunahme zu verzeichnen. Von der Gesamtarbeiterkraft waren jugendliche 1903 8,2 Prozent, 1904 8,4 Proz., 1905 8,5 Proz., 1906 8,6 Proz. Diese Zunahme ist f6r die verschiedenen Industriezweige keine gleichm6ßige. In der Textilindustrie mit ihren schlechten L6hnen ist sogar ein geringer absoluter und relativer R6ckgang zu verzeichnen, w6hrend die vielfach bisher noch hausindustriell betriebene Zigarrenindustrie die gr6hte absolute Zunahme aufweist, was eine Folge der vielen Neugr6ndungen von Zigarrenfabriken auf dem Lande war.

Auch die Zahl der Arbeiterinnen hat trotz der viel st6rkeren m6nnlichen Einwanderung sich im gleichen Verh6ltnis zur Gesamtarbeiterkraft behauptet:

Von der Gesamtarbeiterkraft waren weiblich:	1903	59335 = 30,6 Proz.
	1904	63810 = 31,3 Proz.
	1905	66282 = 31,1 Proz.
	1906	68260 = 31,7 Proz.

Darunter sind 37 Proz. in der Zigarren-, 27,4 Proz. in der Textil-, 11,9 Proz. in der Metall- und 7,3 Proz. in der Bekleidungs- und Reinigungsindustrie besch6ftigt.

Der Bericht klagt 6ber die von den Gerichten wegen Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen ausgesprochenen milden Strafen. Wiederholt erfolgten Freisprechungen von den Sch6ffengerichten und erst auf eingelegten Rekurs von der Strafkammer sp6ter Verurteilung.

Eine Verk6rzung der Arbeitszeit namentlich in Betrieben mit weiblicher Arbeiterschaft war in der Porzheimer Schmiedwarenindustrie sowie nach einem energischen Vorstoß der Arbeiterorganisationen, denen auch Frauen in erheblicher Zahl angeh6ren, in der Textilindustrie zu verzeichnen. „In zahlreichen F6llen“, heiht es im Bericht, „haben die Frauen l6ngere Arbeitszeit als die in den gleichen Betrieben besch6ftigten M6nner; so arbeiten im Buchdruckgewerbe Drucker und Setzer acht bis neun Stunden, w6hrend die H6lfarbeiterinnen zehnst6ndige Arbeitszeit einzuhalten haben.“ Diese hier mitgeteilte Tatsache lehrt von neuem, daß die Unternehmung der Arbeiterschaft freiwillig nichts bewilligen, sondern daß nur die Macht der Organisation instand ist, ihnen ihre Ausbeutungstout zu besch6nken.

Die in dem Bericht angefuhrten Zahlen 6ber die St6rke der Organisationen sind unvollst6ndig — die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine fehlen ganz — zeigen aber zweifellos eine Zunahme der christlichen Gewerkschaften, namentlich in der Zigarren- und Tabakindustrie. Als bedeutendstes Ereignis des Berichtsjahres, und zugleich ein Erfolg, wie er in 6hnlicher Vollkommenheit und Tragweite wohl nur selten erreicht wurde, wird die Regelung der Lohn- und Arbeitsverh6ltnisse in der Bijouterieindustrie bezeichnet. Das verst6ndige und maßvolle Auftreten der Leiter des Metallarbeiterverbandes bei den Verhandlungen und bei der Durchf6hrung der Bestimmungen in den einzelnen Betrieben wurde, so konstatiert der Bericht, auch von den Arbeitgebern r6ckhaltlos anerkannt.

Der zur Verf6gung stehende Raum gestattet es nicht, Einzelbeispiele f6r die steigende Intensivit6t des Klassenkampfes anzuf6hren. Wie ein roter Faden zieht sich durch den Bericht die Tendenz der Unternehmer, die Ausbeutungsfreiheit sich nicht durch Auflegen der Fabrikinspektion besch6nken zu lassen, w6hrend auf der anderen Seite die Arbeiterschaft auch in den zur6ckgebliebenen Industrien sich zu regen beginnt, indem sie sich zur Wehr setzt und selber ihre Forderungen stellt. Jeder objektive Bericht der Fabrikinspektion spiegelt ein St6ck Klassenkampf wider: das ist bei dem vorliegenden Jahresbericht der Fall. Er zeigt dem Leser, wenn auch nur in Einzelbildern, den Kampf der Jetztzeit und l6hft das Werden der Zukunft ahnen.

Der Prozeß P6plau.

K6ter Verhandlungstag.

Im Prozeß P6plau wurde am Dienstag die Beweisaufnahme fortgesetzt, aber zu Ende kam sie auch diesmal noch nicht.

6ber die vom Angeklagten geladenen Zeugen, die als Beamte von ihrer Dienstbeh6rde die Erlaubnis zur Zeugnisablegung haben m6ssen, war endlich entschieden worden. Die einen hatten die erforderliche Genehmigung erhalten und waren zur Stelle; den anderen war sie verweigert worden, und das Gericht hatte bez6gliche Zuschriften erhalten. In denen, die nicht ausfagen durften,

geh6rte vor allem der Herr Reichsanwalt. Er hatte dem Gericht geschrieben, der Kaiser habe ihm nicht die Genehmigung erteilt, im Prozeß P6plau als Zeuge und Sachverst6ndiger seine Ansage zu machen. Der Reichsanwalt selber hatte dann seinerseits der Wehrz6ge der Genehmigungsbef6higten Zeugen die Genehmigung verlangt, namentlich dem Staatssekret6r Dernburg, dem Staatssekret6r v. Stengel, dem Unterstaatssekret6r Tzsch, dem Geheimrat v. Franke u. s. w. Der Zeugenaufruf ergab die Anwesenheit nur der Herren Oberstleutnant Cnade, Geheimrat Schmidt, Dargitz sowie noch einiger Hofr6te und schliehlich auch des Kriminalkommissars Walter. Der Herr Kriminalkommissar wurde gefragt, ob er nicht auch jenen noch unbekanntem Kriminalschutzmann mitgebracht habe, der Herrn P6plau zu 6berwachen hatte; aber er antwortete mit einem sch6len Nein. Herr P6plau teilte mit, daß er noch den Kriegsminister geladen habe. Hierzu verlas der Vorsitzende ein beim Gericht eingegangenes Schreiben, in dem der Kriegsminister meldete, er werde nicht kommen, bis der Kaiser ihm die Genehmigung erteile. P. bemerkte, er habe dem Kriegsminister sofort angegeben, wor6ber er ausfagen solle, und auch der Kaiser sei von ihm (P6plau) bereits gebeten worden,

dem Minister die Genehmigung zu erteilen. Der Staatsanwalt meinte, der Minister k6nne 6berhaupt nicht als vorchriftsm6ßig geladen gelten, er h6tte nicht durch einen Gerichtsvollzieher, sondern durch die Wehrz6ge geladen werden m6ssen. Das Gericht trat dieser Ansicht bei und erkl6rte, die Ladung durch einen Gerichtsvollzieher sei hier tats6chlich unzul6ssig. Ein Kriegsminister kann n6mlich nur durch das Kriegsministerium — also sozusagen durch sich selber! — geladen werden. Auch 6ber die Frage, ob der Kaiser in dem Schreiben, durch das er dem Reichsanwalt die Genehmigung verleihe, den Grund der Verlegung h6tte angeben m6ssen, wurde ein Gerichtsbeschuß herbeigef6hrt. Im Gegenlatz zu dem Angeklagten und seinem Verteidiger erkl6rte das Gericht, dieses Schreiben gen6ge den gesetzlichen Vorschriften.

Die Vernehmung der erschienenen Zeugen ergab wenig Bemerkenswertes. Hofrat Cnadel bekundete, auch ihm sei bekannt, daß P. nach seinem Dienstaustritt Material 6ber Vorkommnisse in der Kolonialverwaltung erhalten habe. Daß P. im Dienst Inzidentationen begangen habe, ist auch von diesem Zeugen niemals bemerkt worden. Die Vernehmung des Kriminalkommissars Karl Walter war mit Spannung erwartet worden, sie brachte aber eine Entt6uschung. Dieser Herr Walter wuhte gar nichts auszusagen. Er war offenbar

nicht der Richtige,

und es wurde nun auch klar, warum er so geschwind die Erlaubnis gekriegt hatte, an Gerichtsstelle zu erscheinen und seine „Ansage“ zu machen. Der Zeuge erkl6rte, weder er noch einer seiner Beamten habe jemals den Auftrag erhalten, P6plau zu beobachten. P6plau beharrte dabei, er sei polizeilich 6berwacht worden. Seine Frage an Herrn Walter, ob er der Walter sei, der in der Petersburgerstraße wohne, wurde von diesem bejaht. Es blieb hiernach nur 6brig, die

Ladung des unbekanntem Kriminalschutzmanns

zu fordern. Der Verteidiger Rechtsanwalt Vertram bestand auf der Vernehmung dieses Schutzmanns. Er f6gte hinzu, er habe jetzt auch den Beweis in H6nden, daß sogar der Versuch gemacht worden sei, den Angeklagten auf dem Umwege 6ber Paris zu ungesch6lichen Handlungen zu verleiten. Deutlicher 6uhterte sich der Verteidiger vorl6ufig nicht. Tagte er an einen

Versuch der Lockspitzerei,

durch den irgend ein Gentleman den Angeklagten hineinlegen zu k6nnen gemeint hatte? Der Staatsanwalt versicherte, es seien 6berhaupt Beamte des ausw6rtigen Amtes polizeilich beobachtet worden, aber schw6rlich werde die Polizei bekannt geben, gegen wen die Beobachtung sich gerichtet habe. Der Verteidiger machte hierzu die erg6nzende Anmerkung, es siehe fest, daß speziell P6plau beobachtet worden sei. P6plaus Wohnung sei f6rmlich belagert worden, seiner Frau sogar habe man

bis in den Marktf6rd hinein

nachgesp6hrt. Auch er selber, der Verteidiger, habe k6rzlich zusammen mit dem Angeklagten sich das Geleit von Beobachtern gefallen lassen m6ssen. Das Gericht kam zu dem Beschluh, das Polizeipr6sidium solle aufgefordert werden, den geheimnisvollen Kriminalschutzmann zu nennen, auf dessen Ansage die Behauptung sich gr6ndet, daß der Sekret6r Schneider den Angeklagten Material geliefert habe, auch solle verurteilt werden, f6r diesen Schutzmann die Erlaubnis zur Zeugnisablegung zu erteilen.

Durch die Vernehmung des Oberstleutnants Duade sollte bewiesen werden, daß die Entsendung 6ber Angelegenheiten der Schutztruppenangeh6rigen gar nicht Sache des ausw6rtigen Amtes sei. Duade bekundete, daß, so lange er selber dem Oberkommando angeh6re, der Staatssekret6r des ausw6rtigen Amtes allerdings in diesen Dingen nicht mitgewirkt habe. Die Frage, ob nicht noch nach P6plaus Dienstaustritt zutreffende Mitteilungen 6ber Vorg6nge in der Kolonialverwaltung, zum Beispiel 6ber das Trostf6rde Telegramm sowie 6ber die Remuneration von Schutztruppenoffizieren aus dem Liebesgabenfonds, in die Deckungsliste gefangt seien, wurde von dem Zeugen bejaht. Die Vernehmung der Zeugen Geheimrat Legationrat Schmidt, Dargitz, Geheimrat Hofrat Kr6ger und Hofrat Schulz bezog sich auf die Verwendung des fremdsprachigen Gutachten in P6plaus Klage gegen den Reichsfiskus. P6plau behauptet, in anderen Prozessen habe der Reichsfiskus eine Haltung eingenommen, die durchaus jenem Grundsatze entsprach, den P6plau in seiner Sache gen6h dem franz6sischen Gutachten vertrat. Die Zeugen k6nnen hierzu nichts Bestimmtes bekunden. Schliehlich wurde noch die Schwester des Geheimsekret6rs befragt, vernommen, eine Frau Feidler, 6ber die ein beim Gericht eingegangener anonymes Brief behauptet hatte, sie wisse von ihrem Bruder, daß der Sekret6r Schneider dem Angeklagten Material beschafft habe. Die Zeugin erkl6rte, ihr sei nicht das geringste hiervon bekannt; sie kenne weder P6plau noch Schneider und mit ihrem Bruder habe sie nie 6ber diese Dinge gesprochen.

Der Verteidiger stellte dann noch einen neuen Beweisantrag. Er forderte die Verlesung eines Schriftwechsels zwischen dem ausw6rtigen Amt und dem Reichsfiskusamt, der 6ber Anstellung und Besoldung der Bureaubeamten des ausw6rtigen Amtes gepflogen wurde, als jene Neuregelung der Anstellungsverh6ltnisse kam, die f6r P6plau zum Ausgangspunkte seines Streites wurde. Daraus werde hervorgehen, daß das ausw6rtige Amt selber die grohe Sch6digung anerkannt habe, die dem Angeklagten aus jener Neuregelung erwachsen m6chte. Dieser Antrag wurde als unerb6hlich abgelehnt.

Die n6chste Sitzung ist auf Mittwoch 9 Uhr festgesetzt. Es wird da nur noch der famose Kriminalschutzmann vernommen werden m6ssen, falls er kommen und ausfagen darf. Damit w6re dann die Beweisaufnahme geschlossen, so daß noch am Mittwoch die Pl6doyers beginnen k6nnten.

Der Krieg im B6ckergewerbe.

Die Situation gestaltet sich fortgesetzt g6nstiger f6r die k6mpfenden B6ckergesellen. Nach der Feststellung, welche die Streikleitung am Dienstag fr6h machte, hatten bis dahin 700 Betriebe bewilligt, in denen jetzt 1785 Gesellen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Vor Ausbruch des Streiks waren in diesen Betrieben nur 1364 Gesellen besch6ftigt. Der Wohlwille hat also die Wirkung gehabt, daß der Abzug der B6ckereien, die bewilligt haben, sich gef6hrt hat, so daß diese Betriebe jetzt 421 Gesellen mehr besch6ftigen, wie vor dem Streik. — Gegenw6rtig streiken noch 909 B6cker, 824 sind abgereist, die Zahl der am Kampf Beteiligten betr6gt insgesamt 3578. Am ersten Tage des Streiks hatten 2100 Gesellen die Arbeit niedergelegt. — Im Laufe des gestrigen Tages sind wieder eine Anzahl neuer Bewilligungen erfolgt.

In einer Mitgliederversammlung des B6ckerverbandes, die gestern nachmittag in dem Sophienaal tagte, f6hrte der Verbandsvorsitzende Klmann aus: Die Situation des Kampfes ist auherordentlich g6nstig. Der Streik hat nicht so imponant eingeseht wie im Jahre 1904. Etwa 500 Gesellen weniger wie damals haben diesmal die Arbeit am ersten Tage niedergelegt. Das erkl6rt sich so, daß die Meister schon l6ngere Zeit vor dem Streik junge, eben ausgebildete Gesellen aus den 6stlichen Provinzen nach Berlin herangezogen, sie hier in Arbeit brachten und daf6r sorgten, daß sie mit dem Verband nicht in Ver6hrung kamen. Aber trotzdem hat sich der Kampf schliehlich noch g6nstiger gestaltet, wie im Jahre 1904. — Infolge des damaligen Streiks haben sich die Verh6ltnisse in vielen B6ckereien verbessert, namentlich in den gr6heren Betrieben, die Kost und Logis v6llst6ndig abgeschafft haben, so daß bei dem

gewährigen Streit für sie keine andere Bewilligung mehr in Frage kam als die des freien Tages. Der freie Tag ist es ja, um den sich der Kampf hauptsächlich dreht. Die Zünfte behaupten, sie könnten diese Forderung nicht bewilligen, weil dadurch die Betriebskosten erhöht und infolgedessen Brot und Backwaren verteuert werden müßten. Diese Behauptung ist durchaus unzutreffend. Bäckereimeister, welche bewilligen, haben ausgerechnet, daß der freie Tag die Verarbeitung pro Eed Mehl (2 Zentner) für die Kleinbetriebe um 8 Pf. für die Großbetriebe um 20-25 Pf. verteuert. Das bedeutet eine Erhöhung der Produktionskosten um 7/10 Prozent, oder anders ausgedrückt: Ein Quantum Ware, welches im Verkauf 4 M. kostet, wird durch den freien Tag um 3 Pf. verteuert. Das ist eine so geringe Erhöhung des Preises, daß sie das Publikum im Interesse der Bäckergesellen gern tragen wird, falls sie die Meister nicht selber tragen wollen. Wie lächerlich es ist, zu behaupten, die Gewährung des freien Tages bedeute die Produktionskosten in unerträglichem Maße, beweist die Tatsache, daß der Eed Mehl durch die neueste Zollerhöhung um 9 M. im Preise gestiegen ist und jetzt 28-32 M. kostet. Als während der Posttarifdebatte aus den Reihen der Bäckereimeister Protest gegen die Erhöhung des Getreidezoll erhoben wurde, da war es der Verband der Germania-Zünfte, welcher diese Protestbewegung unterdrückte und Leute, die an der Spitze des Germania-Verbandes stehen, sind teils direkt, teils indirekt für die Zollerhöhung eingetreten. Und diese Leute wagen es jetzt, der Welt vorzutreten, die Bewilligung des freien Tages müsse das Brot verteuern.

Welchen Erfolg der Streit gehabt hat, sieht man unter anderem daran, daß die Zünfte noch jetzt nach Arbeitserwilligen suchen. Es ist also nicht wahr, daß die Zünfte, wie sie behaupten, überflüssig an Gesellen haben. Der Wohlstand hat so gewirkt, daß diese Meister, die nicht bewilligt haben, jetzt weniger Gesellen beschäftigen wie vor dem Streit. Die Zünfte dachten dem Wohlstand dadurch zu begegnen, daß sie Konventionstrafen festsetzten für die Bewilligung, für den Ausbruch des Platates und für den Fall, daß ein Meister Kunden eines anderen Meisters annimmt. — Einen Hauptschlag dachte man durch das Heseindikat zu führen. Aber der Heseindikat ist vollständig schiefgeschlagen. Nachdem die Streikleitung den ersten Ansturm des Heseindikates abgelehnt hatte, wird ihr jetzt mit Wissen und Willen einflußreicher Mitglieder des Syndikats Hefe geliefert. Es sind auch schon Vorschläge bei der Streikleitung eingegangen, welche dahin gehen, daß eine neue Heseindikat errichtet werden soll, die dem Syndikat nicht beiträgt und daß die Streikleitung dafür sorgen solle, daß die Bäckereimeister, welche bewilligt haben, sich verpflichten, ihren Bedarf an Hefe dauernd aus dieser Heseindikat zu beziehen. Großhändler in Hefe haben sich bei der Streikleitung um Lieferungen beworben mit dem Bemerkten, sie selber seien nicht für den Wohlstand, aber sie seien von den Fabrikanten gepreßt worden. — Aus alledem geht hervor, daß man im Heseindikat selber zu der Einsicht gekommen ist, daß der Wohlstandschluß verfehlt ist und dieser Beschluß gründlich daneben gegangen hat.

In Anbetracht all dieser Umstände sind die Erfolge des Streiks und Wohlstands durchaus befriedigend. Bäckereimeister, die vor dem Streit nur einen Gesellen beschäftigten, haben jetzt 4-5. Eine Charlottenburger Brotfabrik hat die Zahl ihrer Gesellen von 3 auf 10 gesteigert und die Großbäckerei von Goldader hat 22 Gesellen mehr eingestellt.

Der Kampf wird einstweilen noch nicht beendet werden können. Es muß jetzt alles darangesetzt werden, damit die Bewilligungen erhalten bleiben und korrekt durchgeführt werden. Der Verband hat Maßnahmen getroffen, um auch diesen Teil der Bewegung durchzuführen und den Kollegen die Erfolge des Kampfes auf die Dauer voll und ganz zu sichern.

Verlorene Liebesmühe. Zum Heseindikat teilt die Streikleitung mit: Das Heseindikat hat jetzt auch die Heselieferung aus Hamburg insibiert, die an die Streikleitung erfolgte. Wir sind indes in bezug auf Hefe keineswegs in Verlegenheit geraten, da es uns in den letzten Tagen möglich war, aus dem Ausland, namentlich aus Wien, Budapest und Dänemark genügend Hesehilfe zu machen zu können, welche den Bedarf reichlich decken. Wir können deshalb nach wie vor erklären, daß der Heseindikat vollständig ins Wasser gefallen ist und wir den Bäckereimeistern nach wie vor genügend Prima-Hefe zum Preise von 30 Pf. pro Pfund liefern werden.

Aus der Partei.

Aus der französischen Partei.

Paris, 3. Juni. (Fig. Per.)

Der Nationalrat der geeinigten Partei hat gestern eine interessante Versammlung abgehalten, die letzte vor dem internationalen Kongreß. Aus dem vom Parteisekretär Dubrenilh erstatteten Bericht ergeben sich ansehnliche Fortschritte der Organisation. Die Zahl der Parteimitglieder hat 50 000 überschritten und die Parteiführung wird regelmäßiger als früher entrichtet. Zum Punkt: Internationaler Kongreß stellte Genosse Longuet einen wichtigen Antrag. Mit dem Hinweis auf den internationalen Bergarbeiterkongreß in Salzburg, der am 8. September beginnt und auf die Tagung der Generalräte im August regte er an, das internationale Bureau um Verzeichnung des internationalen Kongresses in Stuttgart um 2 bis 3 Wochen zu ersuchen, insoweit diese Maßnahme die deutschen Genossen nicht geniert. Der Antrag wurde angenommen. Die Genossen Grouffier und Paul Louis stellen fest, daß das internationale Bureau ein Erziehen der „Unabhängigen“ im Zusammenhang zum Stuttgarter Kongreß selbstverständlich gar nicht in Erwägung ziehen kann. (Ein Mitglied der geeinigten Partei, Prof. Journares, hat vor einiger Zeit den abhandelsamen Einfluß gehabt, der Zulassung dieser Gesellschaft, die zur strupellosesten Erfolgshaft des Ministeriums Briand-Clemenceau zählt und der außer Politikern wie Briand und Millerand zweifelhafte Geschäftsleute wie Gerault-Richard angehören, das Wort zu reden.)

Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Verteilung der Parteisteuer der Deputierten. Es wurde schließlich beschlossen, von den Abgeordnetenentscheidungen etwa 30 000 Franc als Reserve zurück zu behalten und den Rest für verschiedene Zwecke, als Reiseentschädigung der angestellten Parteipropagandisten (derzeit drei: Cochin, Renaudel, Waxence-Robbes), Reisekosten für die Delegierten des Nationalrats, eine Subvention für den „Sozialist“, Förderung der regionalen Propaganda zu verwenden.

Der Nationalrat beschloß ferner Sympathieunterstützungen für die streikenden Seeleute und für die Winger des Südens. Die zweite ist von besonderer Bedeutung, weil die von einer Kommission, der unter anderem Naudes und Guesde angehörten, einstimmig beschlossene Resolution jeder Demagogie ausweichend den prinzipiellen Standpunkt des Sozialismus betont. Es heißt darin: Der Nationalrat ist entschlossen, alle Maßnahmen zu fördern, die in der heutigen Gesellschaft das Elend der Kleinbauern wohl nicht teilen, aber mildern können. Er erklärt sich bereit, alle gesetzgeberischen Bestimmungen zu unterstützen, die die Krise des Südens lindern können, ohne die wirtschaftliche Notlage anderer Gegenden zu erhöhen: wie die obligatorische Deklaration des Erntesertrages, das Verbot des Zuckerungsverfahrens, die Unterdrückung der Weinfälschung, die Herabsetzung oder gänzliche Aufhebung der Steuer auf den Konsumzucker, die Unterdrückung des Hausbrennerprivilegs und des Alkoholmonopols. Er erinnert aber alle Proletarier und alle Winger daran, daß diese Palliativmittel die Grundursache ihres Elends forschreiben lassen werden und daß nur die sozialistische Gesellschaftsordnung ihnen die Erlösung bringen kann.

Es sei abgesehen bemerkt, daß die Parteigenossen des Südens sich entschlossen haben, an der Wingerbewegung teilzunehmen, sie aber zur sozialistischen Propaganda zu benutzen. Bei der gestrigen Kleindemonstration in Nimes, die 80 000 — nach anderen, etwas „fäblischen“ Schätzungen 200 000 — Menschen versammelte, zogen sie mit 20 roten Fahnen auf, worüber die Reaktionsären aus dem Häuschen waren. An einigen Stellen verachteten die angeammelten Merikalen sogar, unsere Genossen auszuspeien. Diese liehen sich aber von diesen Ungezogenheiten nicht anstecken und verteilten fleißig ein Flugblatt, das viel Anklang fand. Auch hielten sie eine ausgezeichnete besuchte Volksversammlung ab, der Genosse Duc-Duc durch präsidierende und in der u. a. auch Genosse Ferroul, Bürgermeister von Narbonne, sprach.

Unsere Toten. Aus Sonnenburg wird uns geschrieben: Einen schweren Verlust hat unsere Partei im Wohlkreise D. u. West-Sternberg durch den freiwilligen Tod des Genossen Adalbert Döpping erlitten. Genosse Döpping hat bei der letzten Wahl mütig gekämpft, trotzdem er schon lange schwer erkrankt war. Ehre seinem Andenken!

Die Vertreter der ausländischen Sozialdemokratie auf dem Londoner Kongreß der russischen Sozialdemokratie.

Die siebente Sitzung des Kongresses wurde mit einer Rede des Vertreters der englischen Arbeiterpartei, Genossen Macdonald, eröffnet. Der Kampf des russischen Proletariats finde die tiefste Sympathie der englischen Arbeiterpartei, führte der Redner aus. Doch wolle sie nicht nur durch Sympathiebezeugungen, sondern durch tätige Hilfe ihren russischen Brüdern Unterstützung angedeihen lassen. Mit donnerndem Beifall begrüßte der Kongreß diese Worte.

Gleich darauf wurde der Vertreter des deutschen Parteivorstandes das Wort erteilt. In ihrer mehr als einstündigen Rede führte sie folgendes aus: Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie entbiete der sozialdemokratischen Partei Russlands seinen Gruß. Das deutsche Proletariat verfolge mit heißem Interesse den revolutionären Kampf der russischen Arbeiterpartei. Die Beschlässe des Jenaer Parteitages, welche den Massenstreik bei gewissen Vorbedingungen in Deutschland anerkennen, seien der erste Tribut gewesen, welcher den Erfolgen der russischen Revolution gezollt wurde. Die Rednerin unterwirft in großen Zügen die politische Lage Deutschlands, die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus und die nach den letzten Reichstagswahlen geschehene Situation einer Analyse. Sie geht sodann zur Revolution von 1848 über und zieht eine Parallele zwischen dieser und der jetzigen russischen Revolution. Mit der Aufforderung, ungeachtet aller tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten die Parteinheit zu bewahren und mit Verlesung des Briefes, den der Parteivorstand an den Kongreß gerichtet, schließt die Rednerin unter donnerndem Applaus der Versammlung ihre Rede.

Einen außerordentlichen Parteitagskongreß beruft der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Belgiens auf Sonntag, den 30. Juni, nach Brüssel ein. Auf die Tagesordnung sind folgende Punkte gesetzt: Die Kolonialfrage; der Militarismus und die internationalen Konflikte; das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften; Einwanderung und Auswanderung; das Frauenstimmrecht; Internationale künstliche Sprache. — Wie man sieht, enthält die Tagesordnung nur solche Punkte, die auch auf dem internationalen Kongreß zu Stuttgart zur Verhandlung kommen. Es handelt sich also um eine Vorbereitung der belgischen Partei für den internationalen Kongreß.

Aus Industrie und Handel.

Praktik und Arbeit in der chemischen Industrie.

In scharfen Strichen, unterstützt von durchschlagendem statistischen Material, rühmt Genosse Duard in einer vom Verbands der Fabrik-, Kautschuk- und Glycerin-Arbeiter unter obigem Titel herausgegebenen Broschüre den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftssysteme. Groß beleuchtet werden die erbärmlichen Arbeitsverhältnisse, die sich auf dem Hintergrunde der märchenhaften Gewinne, die die chemische Industrie abwirft, besonders wirkungsvoll aufreihen abheben. Daß die aus der chemischen Industrie Gewinn raubenden Aktionäre mit den fleißig arbeitenden nicht ein Äquivalent für verausgabte geistige Arbeit erhalten, sondern Mehrwert raufen, der der Gesamtheit gehört, wird in der Broschüre in einigen knappen Sätzen trefflich illustriert.

Hr. Fed. Runge & V. hat als Professor der Chemie in Breslau arm und wenig gelohnt gelebt, war aber 1830 der Entdecker der Ammoniumherstellung aus Steinsalzleute. Die Summen, welche die Gesamtheit seit 70 Jahren für chemische Studien an den Hochschulen aufbrachte und aufbringt, sind in ihrem praktischen und finanziellen Endergebnis sämtlich den Geldherrschaften der chemischen Großindustrie zugute gekommen; die Masse der Steuerzahler, die das Geld dafür zahlte, hat nichts davon.

Und es sind gewaltige Summen, gewaltig absolut und im Verhältnis zum Anlagekapital, die die Aktionäre einheimen, wie in folgender Tabelle ausgewiesen wird.

Es ergiebt an Reingewinn bezw. Dividende:

die Fabrikanten	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Döfster	M. Div.	M. Div.	M. Div.	M. Div.	M. Div.	M. Div.
Farbwerke . . .	4764001	4109922	4370004	5095791	6783172	8698548
	=20%	=20%	=20%	=20%	=20%	=24%
Badische						
Alkali- u. Soda-	9025712	10119722	11485162	11675782	10398733	11750219
Fabrik, Ludwigshafen . . .	=24%	=24%	=24%	=24%	=24%	=27%
Waldert u. Co.,	2764801	2983362	2779820	2736676	3429156	3789289
Bierbach . . .	=12 1/2%	=13 1/2%	=15%	=15%	=18%	=19%
Boyer,						
Elberfeld . . .	3583522	4164517	5109510	6027374	7720833	10494212
	=15%	=20%	=22%	=25%	=28%	=33%

In großem Kontrast zu den Kleingewinnen stehen die Löhne der chemischen Arbeiter. Der Durchschnittslohn stellt sich nach den Ausweisen der Berufsvereinigungen über die wirklich gezahlten Löhne auf rund 1100 M. Die Döfster Farbwerke gaben noch 1896 selbst den Durchschnittslohn für alle ihre Arbeiter auf 2,80 M. täglich an! Einen höheren Lohn als 3 M. hatten nur 44 1/2 Proz., und davon waren die meisten nicht gewöhnliche Arbeiter, sondern sonstige Handwerker. In rheinischen Handholzfabriken erhielten erwachsene männliche Arbeiter Tagelöhne von 1,65 bis 2,50 M. und in den Gießereien des Eiserverkehrs Westens wurden 1908 noch „Verbienste“ von 2,50 bis 3 M. gezahlt. Natürlich müssen diese Zannereilöhne in barbarisch langen Arbeitszeiten erspart werden. Inzwischen sind längere Arbeitszeiten, zur Abwechslung von 24stündigen Schichten unterbrochen, waren früher die Regel. Daß sich solche herrlichen Zustände, die Tollstol mit Recht die Sklaverei neuerer Zeit nennt, in der chemischen Industrie erhalten haben, dürfte nicht Genosse Duard eine Erhebung der Zahlstelle Beckenheim des Fabrikarbeiterverbandes als Nachweis an. Im Jahre 1908 arbeitete die Mehrzahl der befragten Arbeiter bei Cassella 12 Stunden täglich, manche sogar 18 Stunden täglich, bei Stundenlöhnen von 90 bis höchstens 83, meist von 80 1/2 Pf. Mit Händen greifbar wird in der Schrift der Bahn- und Widerstand der gottgewollten Ordnung gezeigt. Tatsachen sind es alle Dinge und den Vorkäufeln der kapitalistischen Raub- und Plünderwirtschaft reißt Duard das folgende, aufreizende Rechenzettel unter die Nase:

„Gäbe die Döfster Fabrik statt 8 1/2 Millionen Dividende nur 6 Millionen an ihre Aktionäre verteilt, womit diese immer

nach in höchstem Luxus hätten leben können, und hätte sie die erübrigten 2 1/2 Millionen zur Verbesserung der Löhne ihrer 5000 Arbeiter verwendet, so hätte jeder dieser Proletarier jede Woche 10 M. mehr mit nach Hause gebracht und die Lebenshaltung zehntausender von Arbeitern, Frauen und Kindern von Gicht und Ungegend wäre in erheblicher Maße verbessert. Kultur, Gesundheit und Geländheit in diesem ganzen Volksteil ein Stück gehoben worden, den kleinen Geschäftleuten, Hausbesitzern und Landwirten des ganzen Umkreises eine beträchtliche Verbesserung verschafft, kurz Segen meilenweit für vielleicht hunderttausend Menschen verbreitet worden.“

Daß das Unternehmertum die bestehende Güterverteilung, bei der die Arbeiter nichts, die Nichtsteuer alles erhalten, gern dauernd erhalten möchte, ist erklärlich und daher auch der glühende Haß, mit dem es die gewerkschaftliche Organisation verfolgt. So wandte sich die Firma Cassella u. Co. im September 1906, als der Fabrikarbeiterverband dort Fuß faßte, in einem Klage an die Arbeiter, in dem es heißt, man werde lieber den Betrieb stilllegen, als eventuellen Forderungen der Arbeiter und ihrer Organisation nachgeben. Anrechte sollen die Arbeiter bleiben, willenlose Sklaven, die stets die Peitsche fürchten und dankbar die schlagende Hand lassen. Trotzdem, wohlthatig sind die Chemiker, die Arbeiter-schmerz in Gold umzuwandeln. Liebertätig und wohlthätig können sie sein. Die Döfster Farbwerke haben u. a. gelegentlich der goldenen Hochzeit des ersten deutschen Kaiserpaars eine „Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung“ mit 100 000 M. begründet. Ihr Zweck soll sein: a) den Aufsichtern und Arbeitern in barem Gelde Darlehen, sowohl in Fällen vorübergehender Not (1) gegen Handbitten und Bürgschaft, als auch zum Erwerb von Immobilien gegen gerichtliche Sicherheit zu geben; b) arbeitsunfähig gewordenen Mitgliedern der Stiftung sowie deren Witwen und Kindern eine nach bestimmten Grundsätzen geregelte, in ihrem Betrage normierte (1) laufende Unterstützung zu gewähren. Wie die Wohlfahrt in den Dienst der Plünderer gestellt wird, dafür folgendes: Durch ein gedrucktes Rundschreiben vom 27. April 1906 wurde den Arbeitern der Döfster Farbwerke folgendes bekannt gegeben:

„Kaiser Wilhelm- u. Augusta-Stiftung für Arbeiter-Invaliden, Witwen u. Waisen der Döfster Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning Höchst a. M.

P. P.

Hochst a. M., 27. April 1906.

Es ist uns bekannt geworden, daß auswärtige Agitatoren bemüht sind, Unzufriedenheit bei der Arbeiterpartei der Farbwerke hervorzurufen und dieselbe, wenn möglich, in eine Streikbewegung zu treiben. Wenn wir auch in keiner Weise Stellung zu diesen Bestrebungen zu nehmen haben, halten wir es doch für unsere Pflicht, die Mitglieder unserer Stiftung daran zu erinnern, daß nach § 23 der Stiftungs-Statuten dasjenige Mitglied, welches den Dienst der Farbwerke — einerlei auf welche Dauer — verläßt, seine Pensionsansprüche an unsere Stiftung verliert und daß weder die Farbwerke noch wir in der Lage sind, bei einem eventuellen Wiedereintritt das verlorene Pensionsrecht wieder ausüben zu lassen.

Der Vorstand

Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung.

Wie unterhoben wird hier die Wohlfahrtseinrichtung in den Dienst des Unternehmertums gestellt.

Das soziale Bild wird vervollständigt durch Schilderung der traurigen Gesundheitszustände unter der chemischen Arbeiterpartei. Auch die rapide Entwicklung der chemischen Industrie und die Politik des „Schutzes der nationalen Arbeit“ durch Plünderung der Inselkontinente findet Würdigung. Das Chloralkalidilat z. B. verkaufte den Doppelzentner nach dem Auslande zu 7,75 M., in Deutschland mußte für dasselbe Quantum 13,25-13,50 M. gezahlt werden.

Der Raum verbietet es uns, näher auf alles Material einzugehen; die knappen Auszüge dürften aber genügen, den Wert des Schriftchens erkennen zu lassen. Es verdient die weiteste Verbreitung.

Schweinefleischkonsum und Schweinefleischpreise.

Wie die Ausdehnung des Fleischkonsums durch das Festhalten an den hohen Fleischpreisen künstlich gehemmt wird, zeigen einige Zahlen, die wir in den Mitteilungen der Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern finden. Die Hausfleischmengen von Schweinen weisen im Winterhalbjahr 1906/07 gegen das Winterhalbjahr 1904/05 eine geringe Zunahme auf; dagegen sind die Hauptfleischmengen, die sogenannten gewerblichen, die besonders mit der Rücksicht auf die Wurstfabrikation ein richtiges Bild vom Schweinefleischkonsum in den Städten geben, — um 27 910 Stück in diesem Winter gegen den Winter 1904/05 zurückgefallen. Besonders deutlich tritt diese Erscheinung in Süddeutschland zutage. Steht man die gewerblichen Schweinefleischmengen nach Bundesstaaten zusammen, so erhält man folgendes Bild: Es unterlagen der Schlachtwiege- und Fleischschau:

	Winter 1904/05	Winter 1906/07	1906/07 gegen 1904/05
Preußen . . .	4 917 873	4 889 968	-27 910
Bayern . . .	932 051	847 207	-84 844
Sachsen . . .	676 238	604 500	-71 738
Württemberg . . .	258 459	235 828	-22 631
Baden . . .	289 812	215 430	-74 382
Hessen . . .	175 107	158 810	-16 297
Süd- u. Westfalen . . .	161 057	147 938	-13 119

Um diesen ganz bedeutenden Rückgang richtig zu würdigen muß man noch die gleichzeitig stattgefundenen Vermehrung der Bevölkerung um circa 8 Proz. in Betracht ziehen.

Preise bei den Fleischlieferungen für die Truppen.

Die diesmahligen halbjährlichen Bedingungen der Fleischlieferungen für die Berliner Garnison haben am Freitag vormittag stattgefunden. Die Preise sind für ein Kilogramm in Pfennigen:

	1. Halbjahr 06	2. Halbjahr 06	1. Halbjahr 07	2. Halbjahr 07
	14	13	15	15
	Angebote	Durchschnitt	Angebote	Durchschnitt
Chorfleisch . . .	119 1/2-128 1/2	126-135	120 1/2-128 1/2	126-135
Rindfleisch . . .	116-122	119	120-128	128
Wendfleisch . . .	80-100	90	85-110	97 1/2
Wendfleisch . . .	120-128	124	127-140	133 1/2
Wendfleisch . . .	120-140	130	130-170	150
Schweinefleisch . . .	129-142	135	124-140	132
Speck . . .	142-188	155	134-162	138
Wendfleisch . . .	130-154	142	130-162	146

Daraus ist ersichtlich, daß die Preise beim Los I (Wendfleisch) und beim Los II (Wendfleisch) ganz bedeutend gestiegen sind, und zwar ist Chorfleisch beim Durchschnittswert um 14 Proz., Rindfleisch um über 11 Proz., Wendfleisch um 16 Proz., und Schweinefleisch sogar um 23 Proz. höher. Niedriger im Preise ist nur Wendfleisch und zwar um 5 1/2 Proz. Beim Los II waren die Preise einem ständigen Wechsel unterworfen. Die Durchschnittswerte sind beim Schweinefleisch um 5 1/2 Proz., beim fetten Speck um 10 Proz. niedriger, dagegen beim mageren Speck um 8 Proz. höher als im ersten Halbjahr 1906.

Soziales.

Tötung als Folge des Sparrsystems in Krankenanstalten.

Anläßlich einer Verächtigung der Stadt. Heil- und Pflegeanstalt in Dresden durch die Stadtverordneten und die Presse

Städtische Verkehrsfragen.

Die städtische Verkehrsdeputation verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung zunächst über die wiederholte Eingabe der Berliner Speichereibesitzer gegen die Errichtung städtischer Lagerhäuser. Die Deputation hatte, um ganz klar zu sehen, von den Vertretern der Kaufmannschaft und der Handelskammer Gutachten über die Frage der Errichtung städtischer Lagerhäuser erbeten, und da diese beiden Körperschaften manche der von Speichereibesitzern aufgestellten Behauptungen als irrtümlich bezeichnet und sich für die Errichtung von Lagerhäusern durch die Stadt ausgesprochen haben, beschloß die Deputation wiederum, der Eingabe keine Folge zu geben.

Auch der zweite Punkt der Tagesordnung, der Antrag der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft betreffend eine Abfahrtsstelle in der Gleimstraße, war schon wiederholt erörtert worden. Die Deputation hatte der Gesellschaft diese von ihr dringend verlangte Abfahrtsstelle unter der Bedingung bewilligt, daß die Gesellschaft der Stadt das unbeschränkte Mitbenutzungsrecht einräumt und sich verpflichtet, auf Verlangen diese Abfahrtsstelle wieder aufzugeben. Wegen dieses Bescheid hat die Gesellschaft Einspruch erhoben indem sie ausführt, daß die Stadt nicht in der Lage sei, bei der Einräumung neuer Konzessionen ihre Bedingungen aufzuerlegen, die über das Maß derer hinausgingen, welche im Vertrage festgelegt seien. Von allen Seiten wurden diese Deduktionen der Gesellschaft als vollkommen unhaltbar bezeichnet und sodann einstimmig beschloffen, es bei dem früheren Beschlusse zu belassen.

Zu längeren Erörterungen gaben die von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft beim Oberpräsidenten beantragte Ergänzung der Kleinbahngesellschafts Zustimmung für Straßenbahnanlagen in der Vohlgangenerstraße und die danach eingeleiteten Einigungsverhandlungen Anlaß. Ueber den näheren Verlauf dieser seit langem schwebenden und verwickelten Angelegenheit ist hier wiederholt berichtet worden. Das Streben der Gesellschaft geht bekanntlich dahin, mit den verschiedenen Vorortsgemeinden möglichst verschiedenartige Verträge abzuschließen, um den städtischen Verkehrsprojekten Schwierigkeiten zu bereiten und die spätere Übernahme des ganzen Bahnunternehmens durch die beteiligten Gemeinden zu hindern. Unter voller Anerkennung der Tatsache, daß die Ausführung der in Frage stehenden Linien für die Entwicklung der Nummelsburg eine Notwendigkeit darstellt, war die Stadtgemeinde Berlin daher gezwungen, ihre Zustimmung, die Vohlgangenerstraße der Gesellschaft freizugeben, von einigen Änderungen des Vertrages abhängig zu machen, den die Gesellschaft mit der Gemeinde Nummelsburg geschlossen hat. Die Gesellschaft schien anfänglich geneigt, die Bedingungen der Stadtgemeinde zu akzeptieren, erklärte aber dann, daß sie sie ablehnen müsse und das Ergänzungsverfahren beantragte. Auf Wunsch des Oberpräsidenten, welcher Vertreter der Parteien zu einer Besprechung zu sich gebeten hatte, wurden dann noch einmal Einigungsverhandlungen eingeleitet und in diesen Verhandlungen schließlich die folgenden Vereinbarungen getroffen:

1. Die Zustimmung zur Herstellung der Straßenbahnanlagen in der Vohlgangenerstraße wird erteilt unter den Bedingungen des bestehenden Vertrages mit folgender Maßgabe: Der Stadtgemeinde wird das Mitbenutzungsrecht für die ganze Strecke der Vohlgangenerstraße ohne die bezüglich des Wages im § 30 des bestehenden Vertrages vorgesehenen Einschränkungen eingeräumt. Die Streitfrage, ob die Stadtgemeinde der Straßenbahn auch für die durch die Mitbenutzung etwa entstehende Verkehrserschwerung eine Entschädigung zu gewähren habe, bleibt der Vereinbarung und im Falle des Nichtzustandekommens einer solchen der schiedsgerichtlichen Entscheidung überlassen.

2. Durch die Bestimmungen des zwischen der Gemeinde Nummelsburg und der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft geschlossenen Vertrages vom 7./11. Juni 1906, welche dahin abzuändern sind, daß auch für das Ende des Jahres 1919 ein Erwerbsrecht eingeräumt wird, sollen die von der Stadtgemeinde für sich und die Gesamtheit der Wegeunterhaltungs-pflichtigen aus dem zwischen ihr und der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Verträge hergeleiteten, von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft teilweise bestrittenen Rechte, wie die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ausdrücklich anerkennt, keinerlei Beeinträchtigung erfahren.

3. Sollte in einem von der Straßenbahn eingeleiteten Ergänzungsverfahren eine anderweitige Regelung des Erwerbsrechtes der Gesamtheit der Wegeunterhaltungs-pflichtigen erfolgen, so verpflichtet sich die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, gegen die Ausübung des Erwerbsrechtes auf der im Ergänzungsverfahren bestimmten Grundfläche keine Rechte aus dem mit der Gemeinde Nummelsburg abgeschlossenen Verträge herzuführen.

Die einzelnen Bestimmungen wurden in der Deputation einer genauen Beratung unterzogen und, da es sich bei der gegenwärtigen Sachlage nur darum handeln konnte, möglichst die Schäden abzuwehren, die aus dem zwischen Nummelsburg und der Gesellschaft im vorigen Jahre geschlossenen Vertrag in Zukunft entstehen könnten, ohne Änderung genehmigt. Es wurde beschloffen, die Vereinbarungen den städtischen Behörden zur Genehmigung vorzuschlagen und sie auch der Kommission für die Bildung eines Zweckerwerbs mitzuteilen.

Der Entwurf zu einem Nachtragsvertrage mit der Neue Berliner Straßenbahnen Nordost Aktien-Gesellschaft über Verlängerung ihrer Linie durch die Elisabethstraße bis zur Kurze Straße wurde mit einigen Abänderungen genehmigt. Eine wesentliche Bestimmung dieses Nachtragsvertrages ist, daß, falls der Bau der Straßenbahn in der Elisabethstraße dem königlichen Polizei-Präsidium Veranlassung geben sollte, eine Verbreiterung dieser Straße zu fordern, die Unternehmerin verpflichtet ist, die Kosten der Straßenverbreiterung zu übernehmen. Diefelbe Verpflichtung übernimmt die Unternehmerin für den Fall, daß das Polizei-Präsidium später aus Anlaß des Betriebes die gleiche Forderung stellen sollte. Die Unternehmerin räumt ferner unbeschränkt ihr Rechte aus § 31 des Vertrages der Gesamtheit der bei dem Unternehmen beteiligten Wegeunterhaltungs-pflichtigen, und falls diese von dem Rechte keinen Gebrauch machen will, der Stadt Berlin das Recht auf Erwerb des ganzen Unternehmens zum 31. Dezember 1919 ein.

Die von dem Verein Peinersdorfer Grundbesitzer gewünschte Straßenbahnanlage von Berlin über Peinersdorf nach Buch wird abgelehnt. Genaue Berechnungen haben ergeben, daß diese Linie einen jährlichen Zuschuß von etwa 70 000 Mark erfordert würde. Da die beteiligten Gemeinden sich an der Deckung dieses Zuschusses und nur in ganz geringfügigem Maße beteiligen wollen, glaubte die Deputation, dem Plan zurzeit nicht näher treten zu können.

Die Verlängerung der städtischen Straßenbahn Balkenplatz-Weddingplatz nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus einerseits, der Warschauerbrücke andererseits wurde genehmigt.

Partei-Angelegenheiten.

Frederiksberg-Petershagen. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats bei Max Birke unser Zahlabend stattfindet. Es wird erjucht, sich zahlreicher wie bisher einzufinden.

Berliner Nachrichten.

Ein Fiasko.

Unter einem bösen Stern scheint die Ausstellung zu stehen, die vor einigen Wochen in Schöneberg unter dem pomphaften Namen: Deutsche Armee-, Marine- und Kolonial-Ausstellung eröffnet worden ist. Wenn auch die Eröffnung unter den Auspizien hoher und höchster Herrschaften vor sich ging, so verheißt sich doch niemand — auch nicht die heer- und kolonial-begeisterte Presse — daß es der reinste Humbug ist, der hier geboten wird. Die Massen, die man erwartet hatte, bleiben aus und immer drohender senkt der Pleitegeier seine Fittiche über die Leute, die in Erwartung eines Massenbesuches hohe Pachten für ihre geschäftlichen Unternehmungen verausgabt haben. Schon heute faßt von einem Fiasko gesprochen werden, denn die Ausstellung präsentiert sich noch immer gänzlich unfertig. Das einzige, was den Besuchern eine kleine Vorstellung von unseren „teuren“ Kolonien geben dürfte und von Anfang an „fertig“ war, ist die große Sandebene, die unseren Besitzungen in Afrika wie ein Ei dem anderen gleichen dürfte. Dazu braucht man aber nicht nach Schöneberg zu fahren und viel Geld zu verausgaben, man kann dies billiger, und zwar ganz umsonst haben: Man braucht bloß nach den Kiefernbergen zu wandern.

Aussteller und Ausstellungsfrescurateure sind sich der bösen Lage, in der sie sich befinden, wohl bewußt. Eine „nationale Zeitungskorrespondenz für Politik und Volkswirtschaft“ hat von wohlunterrichteter Seite verbürgt erfahren, daß dieser Tage auf dem Gelände der Ausstellung eine Versammlung der Aussteller und Ausstellungsfrescurateure stattgefunden habe, in der darüber beraten wurde, wie das Interesse der Berliner Presse für die Ausstellung geweckt werden könnte. Es wurden die festigsten Vorwürfe gegen die Ausstellungsleitung erhoben, u. a. weil sie es nicht verstehe, mit der Presse die rechte Fühlung zu halten, und beschloffen, die Ausstellungsleitung zu veranlassen, daß sie zum Zweck dieser „Fühlungsnahme“ nachträglich noch ausschließlich für die Presse ein sehr opulentes „Eröffnungsdiner“ geben möge. — Sollte die Ausstellungsleitung diese „Fühlungsnahme“ mit der Presse ihrerseits ablehnen, so sollen die einzelnen Aussteller und Restaurateure Beiträge für einen entsprechenden Dinersfonds zeichnen.

Dieser Beschluß insinuiert der Berliner bürgerlichen Presse, daß sie „zugänglich“ sei. Die Aussteller und Ausstellungsfrescurateure glauben, durch ein opulentes „Eröffnungsdiner“ für die Presse, ein größeres Interesse derselben für die Ausstellung nachrufen zu können. Der eventuell zu bildende Dinersfonds qualifiziert sich damit nicht mehr und nicht weniger als ein Korruptions- und Bestechungsfonds.

Gewisse bürgerliche Zeitungen werden den Ausstellern und Ausstellungsfrescurateuren diesen Beschluß übernehmen und so tun, als sei es bei ihnen etwas so Ungewöhnliches, günstige Besprechungen zu veröffentlichen, wenn man ihnen in geeigneter Weise „entgegen kommt“. Das ist natürlich nur Heuchelei! Wir erinnern hier nur an Vorkommnisse, bei denen erwiesen wurde, daß Handelsredakteure günstige Berichte veröffentlichten, weil sie von bestimmten Banken gespielt worden waren. Und dann die Dummheit in gewissen Blättern auf die „günstige Lage“ der Unternehmungen, die durch große Inzerate das Portemonnaie des Verlegers füllen. Also Entrüstung der bürgerlichen Presse wäre da nicht am Platze, die gälte nur der Ungeschicklichkeit derjenigen, die den oben gekennzeichneten Beschluß faßten.

Daß aber die Unternehmer der Schöneberger Ausstellung schon zu diesem Mittel greifen müssen, beweist, daß die Ausstellung selbst schon heute Fiasko gemacht hat.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 6. Juni d. J., nachmittags 5 Uhr. Berichterstaltung über die Vorlagen betreffend: die in den Etat für 1907 aufzunehmenden neuen oder abgeänderten Gehaltskassen — und die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Etatsjahre 1907. — Vorlagen betreffend die Erwerbung eines Schulgrundstücks an der Dunderstraße, — den Verkauf des Grundstücks Köpenickerstraße Nr. 75, — den Erwerb eines Grundstücks in Hohen-Schönhausen zur Einlegung von Kanalisationsröhren — und Abänderung von Flutlinien der Straßen 68a in ihrem nördlichen Ende, der Straße 68b in ihrem östlichen Teile und Festsetzung von Flutlinien für eine neue Straße 68d infolge von Einsprüchen in den bereits von den Polizeibehörden genehmigten Teil des Bebauungsplanes X, der das Gelände zu beiden Seiten der Koloniestraße zwischen der Christianiastraße und der Reichbildgrenze mit Reinisdorf und Pantow umfaßt.

Lohnt sich noch die Benutzung der Ferien-Sonderzüge? Die Erhöhung der Fahrpreise für die Ferien-Sonderzüge legt manchem, der sich dritte Klasse leisten kann, die Frage nahe, ob sich die Benutzung eines solchen Zuges überhaupt noch lohnt und man nicht besser mit gewöhnlichen Fahrkarten „fährt“. Bei Benutzung der fahrplanmäßigen Züge hat man den Vorteil, nicht an Tag, Stunde und Meiseweg gebunden zu sein noch mehr als früher, da es im Inland noch Rückfahrarten gab. Auch hat man eher Aussicht, einen erträglichen Platz zu finden, als in Sonderzügen, die bis auf den letzten Platz ausverkauft und mit altem Wagenmaterial gefahren werden. Die Frage ist, wieviel spart man noch im Sonderzug? Bei derartigen Zügen, die sich auf das Netz der preussisch-heftischen Eisenbahnen beschränken, ist die Ersparnis immer noch erheblich. Hinzugekommen zum Preise der Sonderzugskarte ist hier lediglich die Fahrkartensteuer, die man auch bei fahrplanmäßigen Zügen entrichten muß. Anders bei Sonderzügen, die über die preussische Grenze gehen. Eine Sonderzugskarte von Berlin nach Dresden kostet z. B. jezt 3. Klasse 9,30 M., zwei einfache Karten dagegen 11,20 M., so daß die Ersparnis nur noch 1,90 M. beträgt. Für diesen geringen Betrag ist man aber an drei Tage des Sommers und eine bestimmte Stunde gebunden. Man kann mit einer gewöhnlichen Fahrkarte jeden Tag um 1,20, statt 2,10 mit dem Sonderzug, nach Dresden fahren und ist dann dort schon 4,12 statt 5,51. Auch für die Rückfahrt bieten sich zuschlagfreie Eil- oder Personenzüge mit nicht übermäßiger Fahrzeit. Die Ersparnis verringert sich natürlich sofort, wenn man Schnellzüge benutzt, die auf jedem Wege 1 M. mehr kosten. Bei den Sonderzügen nach Süddeutschland ist die Ersparnis viel größer. Auch kommen hier Eilzüge nicht in Betracht. Man müßte hier in der Regel den Schnellzugzuschlag für die Rückfahrt ebenso wie für die Einfahrt doch entrichten. Von Berlin nach München kostet z. B. die Doppelreise 3. Klasse im Schnellzug jezt 42,40 M., eine Rückfahrkarte für den Sonderzug dagegen 32,60 M. Die Ersparnis beträgt also hier 9,80 M. Man ist dafür aber an die wenigen Tage der Sonderzüge gebunden. Auch spart man um 19,80 M. 18 Stunden in dem vollgepackten Sonderzug, während D-Züge dahin nur 10 bis 11 Stunden gebrauchen. Von Berlin nach Basel spart man im Sonderzug 14,10 M. Man fährt im Sonderzug aber 20, im Schnellzug mit 3. Klasse dagegen 15 Stunden.

Noch etwas von der Massenflucht aus der Kirche.

Ueber die Gesamtzahl der Personen, die in Berlin im Jahre 1906 ihren Austritt aus der Kirchengemeinschaft erklärt haben, ist bisher einer breiteren Öffentlichkeit, wie wir schon kürzlich ausführten, nichts bekannt geworden. Nur das steht fest, daß die Mehrzahl dieser Personen gegenüber dem vorhergehenden Jahre ganz außerordentlich gewesen sein muß. Heute können wir nun wenigstens für einen kleinen Teil des Berliner Stadtgebietes die Zahl der im Jahre 1906 erfolgten Austritte aus der evangelischen Landeskirche angeben und die Zunahme gegenüber dem Jahre 1905 nachweisen.

In der „Diözese Kölln-Stadt“, die außer „Alt-Kölln“ den Südosten und Süden Berlins (innere und äußere Luisenstadt sowie einen Teil der Tempelhofer Vorstadt) umfaßt, haben im Jahre 1906 im ganzen 804 Personen ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche erklärt. In demselben Gebiet waren im Jahre 1905 nur 254 Kircheng Austritte zu buchen gewesen, es ist also von einem Jahre zum anderen eine Steigerung auf weit über das Dreifache eingetreten. Dabei hatte schon das Jahr 1905 eine bedeutende Zunahme gegenüber dem Vorjahr gebracht; denn im Jahre 1904 waren im Gebiet der „Diözese Kölln-Stadt“ sogar nur 104 Personen aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden. Von 1901 zu 1906, in dem kurzen Zeitraum von nur zwei Jahren, ist es hier zu einer Steigerung der jährlichen Austrittsziffer auf mehr als das Achtefache gekommen!

Zur „Diözese Kölln-Stadt“ gehören vor allem die Emmaus-gemeinde samt ihren Abzweigungen Taborgemeinde und Martha-gemeinde, ferner die Heiligkreuzgemeinde, die Simeongemeinde, die Thomausgemeinde usw. Das sind Gemeinden, in denen die Arbeiterbevölkerung besonders stark vertreten ist. Wie groß mag nun im Jahre 1906 die Zahl der Kircheng Austritte in jenen anderen Diözesen gewesen sein, die die Arbeiterviertel des Ostens und Nordostens, des Nordens und Nordwestens umfassen? Auch dort war schon von 1904 zu 1906 eine sehr deutliche Mehrung der Kircheng Austritte festzustellen gewesen, eine Steigerung ihrer jährlichen Zahl schon auf das Doppelte bis Dreifache. Wir wissen übrigens nicht, ob in der „Diözese Kölln-Stadt“ die Pastoren ebenso wie anderwärts nach dem billigen Tross hochten, daß die Zahl der Austrittserklärungen doch noch hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben sei. Sollten aber tatsächlich auch sie sich hiermit trösten wollen, so möchten wir wissen, auf wieviel Austrittserklärungen eigentlich sie selber sich gefaßt gemacht hatten. Man könnte daraus ersehen, wie hoch die Pastoren selber die Werbestraft ihrer seelsorgerischen Tätigkeit zu tagieren sich getrauen.

Auf der in der letzten Woche abgehaltenen Kreissynode von „Kölln-Stadt“ ist aus dem Jahresbericht für 1906 mitgeteilt worden, diese Mehrung der Kircheng Austritte sei zweifellos auf eine „stärkere Agitation der Sozialdemokratie“ zurückzuführen. Die Pastoren handeln sehr unklug, wenn sie diese Meinung so offen aussprechen. Die besitzende Klasse sieht in der Kirche ein „Vollwerk gegen den Umsturz“ und hauptsächlich deshalb geben die Wohlhabenden noch immer wieder für die Kirche ihre „Steuergroschen“ her. Die Wohlhabenden haben sich's größtenteils längst angewöhnt, selber noch in die Gotteshäuser zu gehen und sich vom Pastor etwas erzählen zu lassen. Aber sie wünschen, daß wenigstens das „Volk“ noch den Worten des Pastors lausche und glaube. Wird aber die besitzende Klasse nicht schließlich die Lust verlieren, noch länger ihr „Vollwerk“ Kirche zu stützen, wenn sie aus dem Munde der Pastoren selber hört, daß immer mehr davon abbröckelt?

Die Schule auf dem Paradeplatz.

Es dürfte hinlänglich bekannt sein, daß der Kaiser den lebhaftesten Wunsch hat, die Schuljugend möchte für militärische Veranstaltungen noch mehr als das soviel schon geschieht, interessiert werden. Zu diesem Zwecke sind auch die Paradeferien eingeführt worden. Um aber diesen „Anschauungsunterricht“ besser zu organisieren, wurden diesmal von dem Generalkommando eine größere Anzahl Teilnehmerarten für die Jugend ausgegeben. Man scheint aber bei diesem Anfang herein gefallen zu sein. Der „Voss-Zeitung“ wird nämlich geschrieben: „Der Versuch, die Knaben der Oberklassen aus einer größeren Anzahl Berliner Schulen als Zuschauer an der Parade teilnehmen zu lassen, ist mißglückt. Die Schüler hatten sich nicht wenig darauf gefreut, einmal von geschlichter Stelle aus das militärische Schauspiel in nächster Nähe mit ansehen zu können, und pünktlich um 7 Uhr zogen von allen Seiten her die Kolonnen unter Führung von Lehrern dem Sammelplatz zu (1800 Knaben aus höheren, 600 aus Gemeindepflichtschulen). Aber die Freude dauerte nicht lange. Kaum war die Aufstellung der Truppen beendet, da schob sich auf Befehl der Polizei eine Wagensbarriere in dreifacher Reihe zwischen Schüler und Soldaten. Da alle Vorstellungen und Bitten der begleitenden Lehrer erfolglos blieben und von den angewiesenen Plätzen aus nunmehr von den Truppen durchaus nichts zu sehen war, so verließen fast sämtliche Schüler und Lehrer die Plätze und suchten anderwärts — zumeist als unwillkommene Gäste — unterzukommen, um doch die zum Teil recht weiten Wege nicht ganz umsonst gemacht zu haben.“

„Schulen lassen wir überhaupt nicht rein!“ Dies Wort stammt aus Legel und fiel an der Porte des Parks, der die Gräber der Gebrüder Humboldt birgt. Dem „V. Z.“ wird darüber geschrieben: „Ein von Natur und Geschichte besonders begünstigtes Fleckchen märkischer Erde ist Park Legel. Die Besitzerin hat großen Willen erreicht, als sie vor Jahr und Tag dem Publikum ihren Park erschloß und ihn nur noch gegen Erlegung eines Obolus und unter Begleitung eines Dieners gestattete. Dem Leiter einer Charlottenburger Unterrichtsanstalt, der um die Erlaubnis bat, seinen Schülern den Park und die weitläufige Grabstätte zeigen zu dürfen, ward jezt der kernige Bescheid zu teil: „Schulen lassen wir überhaupt nicht rein. Det hört die jandige Frau zu sehr!“

Formell ist die Besitzerin im Recht, den Park dem Publikum zu verschließen. Der Park ist ihr Privateigentum und mit ihrem Privateigentum kann sie machen, was sie will. Es zeigt sich nur, wie kulturwidrig das Privateigentum an Grund und Boden ist. Außerdem handelt die Besitzerin nach großen Vorbildern: Der preussische Staat macht es nicht besser. Er bringt seine Parks und seine Wälder unter den Hammer und gibt sie der Spekulation preis. Was schert es ihn, daß der großen Masse der Bevölkerung die Gelegenheit, sich im Walde etwas zu erholen, erheblich beeinträchtigt wird. Das ist im Staate der Sozialreform nun einmal nicht anders. Reiche Leute werden ja nicht getroffen, denn die haben ihre eigenen Villen und können ihre jährlichen Sommerreisen ins Gebirge machen.

Und der Verkehrsminister. Im April d. J. wurden durch die Straßenbahnen in Berlin 38 073 508 Personen befördert, oder rund eine Million mehr als im April v. J. Die „Große“ beförderte allein 31 257 503 (gegen 30 410 119), die Hoch- und Untergrundbahnen einschließlich der Spreetunnelbahn 3 906 488 (gegen 3 462 884) und die Omnibusse mit Pferdebetrieb 9 620 163 (gegen 10 061 657) Personen, wobei zu berücksichtigen ist, daß mehrere Omnibuslinien eingegangen sind. 8 183 547 benutzten 5 Pf.-Fahrkarte und nur 1 445 016 lösten 10 Pf.-Fahrkarte. Ganz gewaltig angenommen

hat die Vermehrung der Kraftomnibuslinien. Diese vier Linien beförderten 2011 210 Personen. Im April d. J. bestand nur die eine Linie durch die Friedrichstraße, mit der nur 527 728 Personen befördert wurden. Bei den Autoomnibussen wurden nur wenig Fahrpläne zu 15 Pf. gelöst.

Die Rückzahlungen bei der städtischen Sparkasse übersteigen seit Monaten die Einzahlungen ganz erheblich. Im April d. J. wurden 7 859 598 Mark zurückgefordert, und nur 5 492 670 Mark eingezahlt. Die Kasse, die sonst mehr Einzahlungen als Rückzahlungen zu verzeichnen hatte, mußte danach 1 866 928 Mark mehr zurückzahlen als eingezahlt wurden.

Die „genussreichen und bequemen“ Museen.

Die „Voss. Ztg.“ ist über unsere Festanmeldung der künftigen Kulturpolitik, die die Museen an zwei Wochentagen nur gegen Entree öffnen will, sehr indigniert. Sie findet in dieser Maßregel einen begriffswidrigen Fortschritt, getroffen, „um dem Publikum den Besuch der Igl. Galerien noch bequemer und genussreicher zu machen“. Das ist die heilkundliche liberale Logik, aber die sich niemand wundern kann. Die alte Dame tut so, als ob es gerade im Interesse des Publikums gelegen sei, daß es jetzt vor den Kopisten und Fälschungen durch — das Entree geschützt sei. Daß es sich bei solchen Fragen um ein Prinzip handelt und daß wirkliche Kulturländer an allen Tagen die Museen unsonst offen halten — außer an den Reinigungstagen — das ist für Vossische Intelligenzen natürlich zu spekulativ.

Es bleibt dabei: Durch diese Entreeerhebung sind die Museen zu Museen für die Reichen geworden. Und wenn wir die beiden daran getroffenen Bestimmungen ändern sollten, so müßten wir höchstens sagen: für die besitzenden Klassen. Denn die besondere Vergünstigung, die den Studenten gewährt ist, kommt im großen ganzen doch nur Sprößlingen der besitzenden Klassen zugute. (Wir können natürlich den Studenten diese Vereinfachung durchaus.) Aber vielleicht weiß „Madame Voss“ nicht, daß erst neulich wieder durch eine statistische Untersuchung festgestellt wurde, daß das Hochschulkennzeichen immer mehr ein Privileg der oberen und obersten Schichten wird? Doch die Museenverwaltung, die unsere Anfrage, unter welchen Bedingungen sie für die große Öffentlichkeit bestimmte Nachrichten an den „Voss. Ztg.“ verschleift, immer noch nicht beantwortet hat — was in parlamentarisch regierten Ländern undenkbar wäre — scheint ein Einsehen gehabt zu haben. Unsere Ausführungen über den plutokratischen Charakter der neuesten Bestimmungen haben scheinbar Eindruck gemacht. Denn auf dem Umwege über die „Voss. Ztg.“ erfahren wir, daß die Arbeiterführungen in den Museen an Sonntagen auch während der Kirchzeit, also wenn die Museen noch nicht geöffnet sind, stattfinden können. Wir begrüßen diese Einrichtung mit Freuden und empfehlen sie zur fleißigen Vermittlung.

Schließlich eine Nichtigstellung. Wir hatten nicht behauptet, daß die Eintrittsgelder „zu finanziellen Zwecken verwendet werden“. Daß sie den Ansehern zugute kommen, wie die „Voss. Ztg.“ verrät, ändert nichts an dem belästigenden, plutokratischen und wie eine Kopfsteuer wirkenden Charakter dieser Gebühre. Auch das ist übrigens durchaus zu beanstanden, daß Staatsangestellte für bestimmte Leistungen — wie die in diesem Falle verlangte Dienstzeit — auf ungewisse und wechselnde Bezüge vertrieben werden. Seit wann schwärmt denn der Liberalismus für Wiedereinführung patriarchalischer Besoldungsmethoden?

Lebend aber tot? Ueber den Chauffeur Franke, den Führer des Automobils, dessen Insassen am Himmelfahrtstage im Grunewald verunglückten, ist neuerdings in den Zeitungen weitgeteilt worden, er sei nach der Schweiz geflohen, um sich der ihm drohenden Bestrafung zu entziehen. Es ist wahr, daß Franke seit jenem Unfall, bei dem einer der Insassen des Automobils das Leben einbüßte, verschwunden ist; der „Vorwärts“ hatte das bereits damals gemeldet. Aber zu der Behauptung, daß er jetzt sich in der Schweiz aufhalte und sogar von dort aus einem Bekannten in Berlin „ein Lebenszeichen“ gegeben habe, paßt ganz und gar nicht die an die Angehörigen gelangte Mitteilung. Franke sei tot in der Havel aufgefunden und als Selbstmörder in Gellow beerdigt worden. Diese Nachricht war in der letzten Woche des Mai vom Förster der Försterei Geilsberg hinter Wildpark an den Wessenern Franke, einen in Meddenburg wohnenden Gutsbesitzer, der dem Automobilsporthilfsgesellschaft angehört, und dieser hat dann durch den Berliner Vertreter der Havel, von der ihm das Automobil geliehen worden war, die Angehörigen schonend von dem traurigen Ende seines Chauffeurs in Kenntnis setzen lassen. Die Leiche ist merkwürdigerweise so schnell beerdigt worden, daß es der Familie Franke nicht mehr möglich war, den Toten zu sehen. Es ist aber wohl nicht daran zu zweifeln, daß es sich tatsächlich um Franke handelt. Der Förster hat offenbar Papieren bei dem Toten gefunden, aus denen er die Adresse des ihm selber gänzlich unbekanntem Gutsbesitzers erfuhr. Franke hat vermutlich weniger aus Furcht vor Strafe, die nach Lage der Sache nicht allzu hart hätte ausfallen können, als aus einer Art verletzten Ehrgefühls den Tod gesucht. Er hatte bis dahin als ein besonnenen und zuverlässigen Chauffeur gegolten, dem jener Gutsbesitzer das beste Zeugnis ausstellte.

Ein blutiges Ehe drama

hat sich gestern in früher Morgenstunde in dem Hause Lichtenstr. 8 abgepielt. In seiner Wohnung erschoss der Pferdehändler Georg Becker seine 35jährige Frau Fanny und versuchte sich dann selbst durch eine Revolverkugel zu entleeren. Er brachte sich aber nur einen Streifschuss an der Stirn bei. Angeblich hat V. die Tat in einem Anfall geistiger Erregung verübt.

In der zweiten Etage des Hauses Lichtenstr. 8 leben die W.schen Eheleute seit Jahren in kinderloser Ehe. Er steht im 44. Lebensjahre, während seine Frau erst 29 Jahre alt war. Sie war eine auffallende Schönheit. Vor etwa sieben Jahren hatte das Paar geheiratet. In der Hochzeitsnacht war V. als vermöglicher Mann bekannt. Das Eheleben war ein ruhiges und nur selten kam es in der W.schen Wohnung einmal zu kleinen Auseinandersetzungen. Es hat den Anschein, als ob V. seine Frau mit deren Einwilligung getötet hat. Die letztere hatte noch vorgestern die Betten frisch überzogen und durch das Dienstmädchen große Reinigung in den Zimmern vornehmen lassen. Gestern in der vierten Morgenstunde kam V. heim. Seine Frau lag schon längst zu Bett. Kurz nach 4 Uhr vernahm die Haushälterin plötzlich einen Knall, legte diesem jedoch keine Bedeutung bei, da vermutet wurde, es sei irgend etwas Schweres zur Erde gestürzt. Als gestern morgen das Dienstmädchen, das in einer Gedankenammer schlief, klingelte, um in die Küche zu gelangen, öffnete V. und schwankte dann wieder zurück. Dem Mädchen fiel es auf, daß ihr Herr über und über mit Blut besudelt war. Es ließ schleunigst nach dem Verwalter, und dieser benachrichtigte nun die Polizei. Als mehrere Beamte die Wohnung des Ehepaares betreten, fanden sie die Frau vor dem Bett in einer Blutlache liegen. Sie war bereits tot. Die linke Schläfe war der Unglücklichen durchschossen. Auf einem Stuhle lag zusammengedroht der Ehemann. Er wies an der rechten Stirnseite eine Schußwunde auf, aus der noch das Blut herandrieselte. Auch die Wunde der linken Hand hatte er sich aufgeschnitten und von Blutverlust geschwächt war er schließlich auf dem Stuhl zusammengesunken. Ein Arzt von der Unfallstation in der Reibelfstraße stillte den Blutlauf und veranlaßte die Ueberführung des Unglücklichen nach dem

Krankenhause. V. ist dort Polizeigefangener. Als ein Freund des V., ein Dr. D., diesen fragte, was er denn gemacht habe, erwiderte er: „Wir wollten beide zusammen sterben!“ Der Mediziner lag neben der Leiche der Frau. Die Tote wurde, nachdem der Leichnam durch eine Gerichtskommission aufgenommen worden, nach dem Schauhaufe gebracht.

Seitens der Verwandten der Frau wird angenommen, daß V. die Tat aus Eifersucht begangen hat. V. bestritt dies jedoch und behauptet auch bei seinen Vernehmungen, daß er im Einverständnis mit seiner Ehefrau gehandelt hat.

Schwere Unglücksfälle im Straßenbahnbetriebe.

Vor dem Hause Vahler. 68 versuchte gestern der 35jährige Dachdecker Gustav Grimm, Vahlermannstr. 72a wohnhaft, auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 35 aufzuspringen. Er kam dabei zu Fall, wurde unter die Vorderplattform gerissen und ein Stück mitgeschleift. Der Unvorsichtige erlitt außer äußeren Verletzungen einen schweren Unterschenkelbruch und wurde, nachdem er auf der Unfallstation in der Vahlerstraße die ersten Notverbände erhalten, in das Lazaruskrankenhaus gebracht. — In der gleichen Weise verunglückte der Lehrer Paul Kriegel, Vahlerstr. 40 wohnhaft. Kriegel versuchte kurz vor der Haltestelle von einem fahrenden Straßenbahnwagen herunterzuspringen, kam auch zu Fall, und zog sich eine ganze Reihe erheblicher Verletzungen zu. Die erste ärztliche Hilfe ward dem Verunglückten auf der Unfallstation 17 zu teil. Ein dritter schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Montag um 7/8 Uhr abends am Elisabeth-Platz. In der Nähe des Bassettorplatzes suchte der 26jährige Schüler Willy Bauer, Vahlerstr. 1 bei den Eltern wohnhaft, unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 90 (Richtung Wilmersdorf) das Gleis zu überschreiten. Obwohl der Führer des Motorwagens sofort Gefahrensignale auswarf, konnte er den Unfall doch nicht mehr verhindern. Der Knabe wurde umgestoßen und kam neben dem Wagen zu liegen. Der kleine B. erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels, eine Skalierung der Schädeldecke und erhebliche Hautabstülpungen am Gesicht und am Körper. Der Verunglückte wurde, nachdem ihm auf der Unfallstation ein Notverband angelegt worden war, nach dem Krankenhause am Urban übergeführt. Trotz der schweren Verletzungen gibt das Befinden des bedauerndwertigen Knaben zu ersten Besorgnissen keinen Anlaß.

Ein Opfer seines schlechten Gehörs ist gestern morgen der 69 Jahre alte Invalide Hermann Granzewski aus der Panitzschgasse geworden. Der alte Mann wollte seinen üblichen Morgen Spaziergang unternehmen und überdies beim Heberschreien des Hochdruckdampfes in der Nähe seiner Wohnung das Warnungssignal eines herannahenden Automobils. Er geriet dicht an den Kraftwagen heran, wurde umgeworfen und über den linken Unterschenkel gefahren. Nach Anlegung von Notverbänden auf der Unfallstation in der Lindowstraße sand C. im Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Zu dem gewaltsamen Tod des Wlanengetretenen Wendt, über den wir berichteten, ist auf Grund von Ermittlungen der Spandauer Kriminalpolizei der Verdacht aufgetaucht, daß ein Raubmord vorliegt. Der Soldat hatte am Freitagsonntag, seitdem er vermißt wurde, noch über 60 M. bares Geld in seinem Besitz. Nachdem er sich in bereits vorgedruckter Abendstunde von seinen Bekannten in Spandau verabschiedet hatte, besuchte er, wie jetzt festgestellt ist, noch auf dem Wege zum Bahnhof Schanzenlokal. Ein Wirt machte ihn darauf aufmerksam, daß er nicht mehr den letzten Nachzügler erreichen würde, wenn er sich nicht beeilte. Als bald entfernte er sich in der Richtung zur Bahn. Möglicherweise ist, daß er doch nicht mehr rechtzeitig zum Zuge gekommen ist und nunmehr den Weg nach Charlottenburg zu Fuß zurücklegen wollte. In diesem Zweck kam man, um die Strecke abzukürzen, einen Fußsteig zum Spandauer Tor benutzen, der unweit der Spree entlang führt. Wahrscheinlich ist der Mann auf diesem Wege das Opfer von Mäubern geworden; denn Geld ist nicht mehr bei ihm gefunden worden.

Kurz vor Feierabend verunglückte gestern abend der Tischler Preisk in der Fischerstr. von Schulz und Schinunelpfennig, indem ihn die Hand verkrüppelt wurde.

Die Komische Oper soll ihr Ende erlebt haben. Es ist indes bloß die Gesellschaft mit beschränkter Haftung aufgelöst. Direktor Wegner gedankt im übrigen die Komische Oper als alleiniger Leiter weiterzuführen.

Zu dem Unglücksfall auf dem Neubau in der Vildnerstraße, über den wir gestern berichteten, teilt uns der in der Notiz genannte Monsieur mit, daß der Leihling an einer Wunde verunglückt war. Diese Wunde habe einen doppelten und einen einfachen Gang. Er habe nun dem Leihling gezeigt, wie er die Wunde abstellen und so sich die Arbeit leichter machen könne. Beim Heruntersteigen sei die Kurbel losgelassen worden, wobei sich allerdings das Unglück ereignete. Der Leihling sei auch schon von der Unfallstelle aus mit einer Drohsache nach der Unfallstation geschickt worden.

Zu der Brandkatastrophe in der Großen Frankfurterstraße, über die wir gestern berichteten, wird uns noch gemeldet: Die zwölfjährige Tochter Franziska der Kaiserin Witwe Antonie Tymoshin ist gestern an den Folgen des erlittenen Schädelbruchs im Krankenhause Friedrichshagen gestorben. Die am Kopf und an den Armen verbrannte Mutter befindet sich in demselben Krankenhause.

Kadetten zu Stessle, 8. Juni. Das Rennen um die „Goldene Kette“, das am Sonntag bei 40 1/2 Kilometer des einseitigen Wagenrennens halber abgebrochen werden mußte, konnte am Montagabend bei günstigem Wetter beendet werden. Es wurde nach dem Sonntag festgestellten Ergebnis, das Kobi als erster vor Dickentmann (2100 Meter), Guignard (3700 Meter) und Wutler (3800 Meter) zurück sah, weitergefahren. Leider gestaltete sich das Rennen durch verschiedene Unfälle zu einem aufregenden Schauspiel. Keil, der im Anschluß an seinen tags zuvor erzielten Vorsprung als erster maršierte, fiel schon am Beginn, bei dem an diesem Abend gefahrenen 10. Kilometer aus; sein Vorderrad war unter der Wucht zusammengebrochen und Kobi stürzte, sich mehrmals überlagert, auf den Jement. Zum Glück erwies sich der anfangs böse aussehende Sturz später als nicht allzu gefährlich, denn der Weltmeister war mit zwar immerhin sehr schmerzhaften Abwühlungen an den Händen und Beinen davongekommen. Das Rennen hatte während dessen seinen Fortgang genommen und der Holländer Dickentmann war durch Kobis Ausfallen auf den ersten Platz gerückt. Aber auch Wutler und Guignard fuhren ganz vorzüglich, namentlich der Amerikaner, der an diesem Abend vom 9. Kilometer an die Spitze genommen hatte und seinen Vorsprung ständig zu vergrößern suchte. Zwar verlor er dabei, wenn auch nur auf Augenblicke, den Anschluß an seinen Motor; aber jedesmal holte er unverdroßen wieder auf und griff seine Gegner, namentlich Dickentmann, der von seinem gestern gewonnenen Vorsprung gebrachte, an. Kurz vor dem Schluß sollte das Rennen noch eine arge Störung erleiden; denn in der dritten Runde kam der Motor Wutlers zu Fall, in seinem Sturz den Amerikaner und den dicht auf folgenden Motor Guignards verwickelnd. Zum Glück kamen die Schrittmacher und Wutler selbst mit leichten Verletzungen davon; Guignard konnte rechtzeitig ausweichen und sich sogar auf dem Lande behaupten. Dickentmann, der eine halbe Runde von der Unfallstelle entfernt war, war nunmehr der einzige, der mit seinem Motor unversehrt im Rennen war, das er, ohnehin erster, in 1 Stunde 10 Min. 40 Sek. beendete. Wutler war mit 1 1/2 und Guignard mit drei Runden im Rückstand.

Das Wahnverbrechen Nr. 20154 auf den Namen Willy Holz, Chausseest. 37, ist dem Inhaber bei einem Einbruch in seine Wohnung am 12. Mai neben vielen anderen Gegenständen gestohlen worden. Es wird gebeten, das Buch anzuhalten.

Einem am 21. März in der Nähe der Chausseestrasse (Viesensstraße) auf der Straße schwer erkrankten Arbeiter, der jetzt erst aus der Heilanstalt entlassen ist, ist damals ein verschlossener Kasten, Werkzeuge enthaltend, und ein Palet mit Arbeitszeug abhandelt gekommen. Da anzunehmen ist, daß die Sachen irgendwo in Verwahrung genommen sind, bittet der Eigentümer derselben, Arbeiter Adolf Sigalsh, Kaufmännstr. 15, um gefl. Nachricht.

Feuerwehrbericht. Am Montag nachmittag um 7 Uhr kam auf dem Geumbrunnen in der Soldinerstr. 92 ein gefährliches Feuer zum Ausbruch, das schnell um sich griff. Dort brannten die Vorräte des Feuergegeschäfts von A. Kamusin. Heu, Stroh, Papier u. a. brannten bei Anbruch des 16. Tages in großer Anbahnung. Die Feuerwehr mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben, um den Brand auf das Feuergegeschäfts zu beschränken. Die Pferde konnten sämtlich in Sicherheit gebracht werden. Vorher hatte die Feuerwehr in der Eisenbahnstraße 42 zu tun, wo Risten u. a. im Keller der städtischen Markthalle in Brand geraten waren. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Seelowerstr. 12 zu tun. Dort war auf dem Boden Feuer ausgebrochen und hatte Handrat in den Weiterverfälschen erfaßt. Ferner mußte ein Feuer, das im Keller Jagelbergerstraße 6 entstanden war, gelöscht werden. Ratten u. a. wurden dort ein Haub der Plammen.

In der letzten Nacht gegen 11 Uhr kam in der Alten Jakobstraße 11/12 Feuer aus, Kartons brannten dort. Die Plammen hatten an dem leicht brennbaren Material reiche Nahrung gefunden und bei Anbruch der Feuerwehre schon eine große Ausdehnung erlangt. Der 17. Zug unter Leitung des Brandmeisters Sandberg mußte mit mehreren Schlauchleitungen kräftig Wasser geben, damit die übrigen Betriebe des großen Industriegebäudes nicht auch noch in Mitleidenschaft gezogen wurden. Am Mittwoch brannte in der Kappelerstr. 16 ein Schornstein. Ferner hatte die Wehr in der Quittenstr. 6, Ackerstr. 128, Gütchenstr. 81, Adalberstr. 40 und anderen Stellen zu tun. Wohnungen, Schornsteine usw. standen dort in Plammen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Donnerstagsabend 9 Uhr: 8. Abteilung in Schöneberg bei Ost, Weiningerstr. 8. 4. Abteilung für Lichtenberg und Berlin-Osten von jetzt ab bei Lindner, Heibergerstraße 10. Vortragsthema in beiden Abteilungen: Geber-Verlegungen, Wundbehandlung und Blutstillung. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder werden in beiden Abteilungen noch aufgenommen.

Vorort-Nachrichten.

Der verurteilte Fiskus.

Die Vorortsgemeinde Wilhelmshagen-Rosenthal hatte vor einiger Zeit den Fiskus aufgefordert, 30 000 Mark zu den Schulden des Industrieortes zu zahlen und diese Forderung damit begründet, daß zwar die Stadt Berlin Eigentümerin des Gutes Rosenthal sei, die Patronatsrechte und Pflichten aber dem Fiskus zuständen, welcher somit zu den Schulden des Gutes Rosenthal der politischen Gemeinde nach einem alten Recht das Holz liefern resp. die Holzlosten der Vorortsgemeinde zurückerstatten müsse. Der Kreis Ausschuss von Nieder-Barnim hat eingehende Beweishebungen angeordnet und sich nunmehr der Auffassung des Vorortes angeschlossen. Der Fiskus ist verurteilt worden, 9000 M. zu dem alten Rosenthaler und 22 000 M. zu dem neuen Wilhelmshagen Schulhaus beizutragen. Die Rechte der Stadt Berlin, welche bisher als Inhaberin des Patronats galt, sind dabei nicht berührt worden. Für keinen Fall kann Berlin Nachteile von dem Ausgange dieses Prozesses haben. — Revision gegen das Urteil des Kreis Ausschusses soll, wie uns mitgeteilt wird, vom Fiskus nicht eingelegt werden, weil das Rechtsverhältnis, nach den Feststellungen des Gerichts erster Instanz, klar sei. — Warum ließ sich dann der Fiskus erst verklagen?

Rixdorf.

Das Opfer eines schweren Raubausfalles wurden gestern nacht in Rixdorf der Redakteur Rudolf Mlog aus der Marienhalerstr. 22 in Baumhuldenweg und der Landwirt Fritz Rißig vom Gute Marienhal bei Rixdorf. Sie wollten sich nachts um 1/2 Uhr aus der „Jagdheide“ in Rixdorf nach Hanie begeben. Raus hatten sie die Ganner Chaussee betreten, als plötzlich drei Wurschen auftauchten und über die beiden herfielen und sie entsehrlich zurichteten. Dabei raubten sie Portemonnaie mit Inhalt und Uhr. Der Rixdorfer Kriminalpolizei gelang es noch im Laufe des gestrigen Vormittags, die drei Räuber festzunehmen. Es waren der abdanklose Hundsfänger Max Lehmann, der Sattler Max Gagner aus der Gneisenaustr. 90 und der Kellner Erwin Mundigau aus der Stallerstr. 90a.

Charlottenburg.

Die Delegierten der Charlottenburger Gewerkschaftskommission hörten in ihrer Sitzung vom 31. Mai zunächst einen Bericht des Genossen Schriebe über den gegenwärtigen Kampf im Baugewerbe. Redner schilderte von der Vorgeschichte des Kampfes ausgehend die gegenwärtige Situation der Ausperrung und meinte, daß der Kampf überhaupt schärfere Dimensionen als je, nicht annehmen werde. — Ueber den nächsten Punkt: „Die Hebung des Genossenschaftswesens am Orte“ hielt Genosse Schabe ein einleitendes Referat. Sämtliche Redner sprachen sich für eine intensivere Agitation, zumal für die Förderung des hiesigen Konsumvereins, aus, wobei ausdrücklich betont wurde, daß von den Genossenschaftsvorständen mehr, als wie bisher, getan werden müsse. Eine Resolution in diesem Sinne wurde daraufhin einstimmig angenommen. Hierauf wurde ein Bericht über die gegenwärtige Lage des Baderkreises vom Genossen Schulz gegeben. Vom Referenten wie von den Diskussionsrednern wurde bedauert, daß in Charlottenburg außer der Genossenschaft „Produktion“ und der Großbäckerei Ulrich nur verschwindend wenige Badermeister die berechtigten Forderungen der Gesellen anerkannt haben. Es wurde beschlossen, in allen Gewerkschaften für die Forderungen der Badergesellen wirksam einzutreten, so daß nur bei den Firmen die Baderwaren zu holen sind, die bereits bewilligt haben. — Ueber die allgemeine Berufs- und Betriebsagitation, die am 12. Juni vor sich geht, gab Genosse Henning einige Erläuterungen. — In den Ausschuss wurde an Stelle des erkrankten Mitgliedes Genossen Schillmann, der Genosse Schwiemann (Maurer) gewählt. Auf eine Anregung des Genossen Gevert, betreffs einer zu erlassenden Erklärung des Fabrikarbeiterverbandes in Sachen einer unwarren Behauptung im Jahresbericht gegenüber dem Transportarbeiterverband im „Vorwärts“ wurde beschlossen, daß, wenn nicht innerhalb 6 Tagen dieselbe vom Fabrikarbeiterverband nunmehr erlassen wird, der Transportarbeiterverband in Verbindung mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission den Sachverhalt im „Vorwärts“ richtig stellen soll. Es schloß unentschieden: Die Buchbinder, Fleischer, Gastwirtsgehülfen, Handlungsgehülfen, Sattler und Schmiede.

Mummelsburg.

Der Revolver spielte bei einer Auseinandersetzung eine Rolle, die der Schneider Kurlowial aus der Strahmannstr. 21 mit dem in der Schillerstr. 14 in Mummelsburg wohnhaften Tischler Ousewski hatte. Im Verlauf des Streites ließ sich K. dazu hinreißen, auf O. einen Revolver, den er bei sich führte, abzufeuern. Die Kugel drang dem Betroffenen in den rechten Oberarm ein. O. mußte in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden, während A. von der Polizei festgenommen wurde.

Pankow.

Bei seinem Kontrollgang schwer zu Schaden gekommen ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag der in der Brauerei Engelhardt

In Potsdam, Kaiser Friedrichstraße Beschäftigte Wächter Philipp. Auf dem Hofe genannter Brauerei ist man zurzeit mit der Anlegung eines Samens beschäftigt. Ph. erhielt den Auftrag, während seiner nächtlichen Kontrolle danach zu sehen, ob das mittels Maschine ausgepumpte Wasser regelmäßig in die angelegte Abflugsgrube abfließt. Jedenfalls kam er nun in der Dunkelheit der mit einer Umzäunung nicht versehenen Grube zu nahe und stürzte in dieselbe, wobei ihm beide Beine gebrochen wurden.

Durch sein lautes Stöhnen aufmerksam geworden, eilte der wachhabende Stallmann herbei und es gelang ihm, den Verunglückten aus seiner bedenklichen Lage zu befreien. Nach in der Nacht brachte man den Verunglückten nach dem Krankenhaus.

Weissenfee.

Bei der Erstwahl zur Gemeindevertretung wurde als alleiniger Kandidat der Genosse Fuhrmann gewählt. Der Vaterländische Arbeitsverband, welcher die Beteiligung an allen Wahlen sich vorgeschrieben hat, erschien noch nicht auf dem Plan, jedenfalls nur, um seine Schwäche in der Öffentlichkeit nicht preiszugeben.

Wittenau-Vorsitzwalde.

Bei der stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurde Genosse Banitsch mit 216 Stimmen gewählt; der Gegner brachte es auf 32 Stimmen.

Kallberge-Rüdersdorf.

Ertrunkener Greis. Beim Wasserhopsen ist der frühere Schiffer Karl Seeger, Karstr. 2 in Kallberge wohnhaft, ertrunken. Der bereits in hohem Alter stehende Mann hatte aus einem Kallgraben Wasser schöpfen wollen, beugte sich dabei etwas zu weit vor, verlor das Gleichgewicht und stürzte in das Gewässer. Vergeblich bemühte sich der Bedauernswerte, sich zu retten, und seine Hülsleute verhalten ungehört. Elend mußte er infolgedessen erdulden.

Potsdam.

Der hiesige Arbeitsnachweis wurde im Laufe des vergangenen Monats von 668 Arbeitssuchenden, darunter 635 männlichen Personen, in Anspruch genommen. Von 762 Stellenangeboten konnten 559 besetzt werden. Auf Potsdam entfielen davon 484, während 76 nach auswärts vermittelt wurden.

Butterverkäufer auf dem Wochenmarkt haben sich in letzter Zeit durch Unberücksichtigung verschiedener Vorschriften zu Schulden kommen lassen. Gerade die Händler vom Rande hatten häufig marktpolizeiliche Beanstandungen. Auf dem letzten Wochenmarkt wurden vom Polizeiwachtmeister Jodisch bei drei Verkäufern Gewichtsfälschungen von 10 bis 20 Gramm bei einem halben Pfund festgestellt. 55, 30 und zwei Halbpfundstücke wurden marktpolizeilich zerhackt. Die betreffenden Butterhändler sehen einer strengen Bestrafung entgegen.

Leise- und Distriktsklub „Südbay“. Heute abend 9 1/2 Uhr bei Toltzdorf, Wörlitzerstr. 58: Sitzung. Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jütlichau-Schwiebus-Krossen-Sommerfeld (Ortsvereine Berlin). Diejenigen Genossen des Vereins, welche wegen der gegenwärtigen Landtagswahlen aus dem Bezirk vertrieben sind, werden ersucht, sich beim Genossen Leiter, O. H. Wierbachstr. 50 dort III, schriftlich oder mündlich abzumelden.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung Weissenfee.) Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 Uhr, bei Schumann, Langhausstr. 140: Mitgliederversammlung, Vortrag.

Vermischtes.

Grasfieber in Geiratschwinderei. Ludwigshafen, 4. Juni. Ein gemeingefährlicher Rausch ist in der Person des Generalagenten Wendner von hier vor kurzem verhaftet worden. Er hat durch Geiratschwinderei eine große Anzahl Wädhchen zu Fall gebracht. Sein Absteigequartier war die Wohnung eines von ihm abhängigen Unterbeamten in Mannheim. Die Zahl der Fälle beläuft sich auf über 30, einer dürfte zu einer Anklage wegen Notzucht führen.

Wieder ein siegreicher Landarbeiterstreik. Rom, 2. Juni. (Eg. Ber.) Nach nur vierstündigem Streik haben die Landarbeiter des Kreises Piacenza die Grundbesitzer gezwungen, die von den Organisationen vorgeschlagenen Arbeitsbedingungen anzunehmen. Am 2. Juni wird die Arbeit zu folgenden Bedingungen wieder aufgenommen werden: Maximalarbeitszeit zehn Stunden mit Ausnahme der Viehweide, die noch 1 1/2 Stunden Stillschleife leisten. Die Viehweide, die die Ochsen zum Weiden führen, erhalten einen Lohnzuschlag von 50 Lire im Jahre, die im Herbst beschäftigt

von 35 Lire. Diese letzten übernehmen nicht mehr als 10 Kühe oder zehn Rinder und die Mäharbeit. Für die Tagelöhner 32 Centesimi; für Schnitterarbeit und die Arbeit an der Dreschmaschine 53 Centesimi. Für die Frauen betragen die betreffenden Löhne 20 und 30 Centesimi, doch schließt sie das Konordat von der Schnitterarbeit aus. Die heutige siegreiche Bewegung war bereits im Sommer auf einem Kongress der organisierten Landarbeiter beschlossen worden. Die Grundbesitzer von Piacenza sind so gut wie gar nicht organisiert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Ausgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße) Besessenen, Durchgang nach Lindenstr. 101, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Wochentags 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Eintrag in ein Buch und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

H. S. 64. Ja, dann müßten Sie aber das Bestgeld zahlen. — O. S. 58. 1. Ja. 2. Den Ausnahmefällen beim den Schein, in dem das Gericht bestätigt, daß eine Auseinandersetzung nicht erforderlich war. Ihre Geburtsurkunde, Ihre Militärpapiere und das mit Rechtskraft erstellte gerichtliche Scheidungsurteil. — W. S. 100. Rein. — H. S. 1001. Das ist unmöglich, vielleicht aber läßt sich durch Güterverteilung die blaue Farbe ganz heranzubringen. — O. S. 23. 1. und 2. Ja. Ohne Kenntnis des Wortlauts der von Ihnen gemeinten Bestimmung ist die weitere Frage nicht zu beantworten. — B. H. S. Werden Sie sich an den Zentralverband für Handlungsgehilfen und Gehilfen, Neue Königsstraße 30. — H. S. 99. Ja, aber eine Beschwerde an das Amtsgericht erscheint uns ausstößig. — H. S. 99. 1. Die letzte Novelle ist noch nicht publiziert. 2. Nur der Arbeitgeber — Gehilfen. Die verordneter Mutter wird von Ihren eigenen Kindern, also den Schweltern A. und B. und deren Bruder zu gleichen Teilen bezahlt. Die Stiefmutter erbt nicht mit. — H. S. 48. Lassen Sie zunächst das Patent anmelden und wenden Sie sich wegen der Anmeldung an das Patentamt, wo Ihnen sachgemäße Ratschläge erteilt werden. — H. S. Schneiderberg. Wenn in einem Mietvertrag steht, Kündigung ist drei Monate und drei Tage vor Ablauf zu erfolgen, so mußte spätestens am 27. Juni dem Mieter oder dem Mieter die Kündigung zugegangen sein, also nicht nur abgedandt, sondern in dessen Händen sein. Eine Kündigung, die erst am 28. Juni dem Mieter zugeht, hätte keine Gültigkeit. Frühere Kündigungen — ob sie im Juni oder im Mai oder noch früher zugestellt sind, ist gleich — sind durchaus gültig. — 1852. 1. Hinterlegen Sie die Miete und zahlen Sie diesem von den beiden, sondern lassen Ihnen die Hinterlegung mit. 2. Der Verein ist uns nicht bekannt. — T. T. M. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freie Volkshäuser. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr: 5. Abendvorstellung im Neuen Schauspielhaus: 4. u. 5. Abteilung: Goethes Faust.

Mittwoch, den 5. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Tristan und Isolde. Anfang 7 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Die Nabenheuerin.

Neues Kgl. Opernhaus. 1001 Nacht.

Deutsches, Robert und Bertram. Sammerpfeife. Festliche Erwachen. (Auf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Moloeh. Der zerbrochene Krug.

Schiller-Theater Charlottenburg. Die Schmutzler.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Drei Paar Schuhe.

Berliner. Geflohen.

Veiling. Die Fledermaus.

Kleines. Marcell Salzer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Romische Oper. Hoffmanns E.ählungen.

Neues. Die Condottieri.

Wesens. Die lustige Witwe.

Wesens. Haben Sie nichts zu verzollen?

Lustspielhaus. Die Welt ohne Männer.

Thalia. Charles Tante.

Kulisen. Das Kästlein der He.

Bernhard Hofe. Der große Unbekannte.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.

Metropol. Die lustige Witwe. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.

Wassage. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Wanda. Tautenstraße 18/19.

Abends 8 Uhr: Von der Jungfrau zum Mann.

Osternstraße. Jusselstr. 57/52.

Theater des Westens. Komstr. 12 (Station Zoolog. Garten)

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr:

Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 5 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr:

Haben Sie nichts zu verzollen?

Schwanz in 3 Akten v. R. Demmequin und J. Seber.

BERNHARD ROSE THEATER

Str. Franziskanerstr. 132

Mittwoch, den 5. Juni: Anfang 4 1/2 Uhr.

Im Garten: Theater- und Spezialitäten-Vorst.

Paul Corradini.

Bogenschießerei. — Abends 8 1/2 Uhr im Theater: Der große Unbekannte

Komödie aus dem Londoner Theaterleser von H. Katal.

Sommerpreise.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

APOLLO Theater

Abends 8 Uhr:

Neue Spezialitäten.

Abends 9 1/2 Uhr:

Die dagewesener Lohndersolg!

Hartstein

mit seiner Darsteller:

Der lustige Witwer.

1. Bild: Das letzte Mal.

2. Bild: Die Folgen davon.

WINTER GARTEN

La Tortajada.

Neues Programm.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Moloeh.

Eine unvollendete Tragödie (2 Akte) von Friedrich Hebbel. — Hieran: Der zerbrochene Krug.

Ein Akt v. H. v. Heine u. Schick. Donnerstag abends 8 1/2 Uhr: Jun 1. Mal: Perrichons Reise.

Freitag, abends 8 Uhr: Moloeh. — Der zerbrochene Krug.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmutzler.

Komödie in 4 Akten v. Karim Dinter.

Donnerstag abends 8 1/2 Uhr: Ein Falschment.

Freitag, abends 8 Uhr: Die Schmutzler.

Diez' Spezialitäten - Theater.

Landsberger Allee 76-79.

Direkt. a. d. Ringbahnstation. Begünstigte Fahrgesellschaft n. allen Stadtdir.

Op schön! Täglich: Ob Regen!

Im herrlichen Garten oder großen Saal:

Die größte Sensation der Gegenwart:

3 Röhren Todesfahrt im drehbaren Globus.

Hans Röhre, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schleife, nur 2 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt. — Blockwagens, dynamische Straßradfahrer-Truppe. — Akrobat Mourdin, der unerschütterliche Kunstbühnenkönig.

Dazu das neue und beste Programm Berlins.

Auf. 8 Uhr. Raschelle. Vollbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Bernspracher Nr. 8. Frankfurter Chaussee 5.

Hente Mittwoch:

Große Soiree

der Willy Walde-Sänger.

Nach der Vorstellung: Paullien-Kränzchen.

Jeden Sonntag: Künstler-Konzert und Spezialitäten.

Restaurant „Hungriger Wolf“ Strausberg II.

Gerrlich an Wald und Wasser gelegen. — Tanzsaal, Regeldahn.

Kaffeeküche.

35 Labet die geprüften Kuchengler, Vereine und Radfahrer ergebenst ein

Paul Carow.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:

Nummer auf Nummer! Schlager

auf Schlager!

Das neue Juni-Programm. 14 Attraktionen 14.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Brunnensstr. 16.

Berlin bei Nacht.

Schreibbild mit Vortrag in 2 Bildern. Ein Zug in der Backstube.

Dazu das neue Juni-Programm. Auf. 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab. Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.

Täglich: Theater-Vorstellung. Neue Spezialitäten. Kinematograph und Ball. Freier Damentanz.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater.

Bad-Strasse — Bahnhof Gesundbrunnen — Bellermannstraße.

Das Bild der Mutter oder Berliner Zimmerleute.

Vollständigt mit Gesang in 3 Akten.

Diez' Spezialitäten - Programm.

Vollbelustigungen. X. Großer Saal.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7/9.

Täglich: Flotte Weiber

Spezialitäten 1. Rangos. Konzert und Ball.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage: Fräulein Josette — meine Frau.

Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Variété-Garten.

Wendbergweg 10/20, Holentz, Tor.

Spezialitäten-Vorstellung. 15 hervorragende Nummern 15. Kleine Sommerpreise.

Wahl: Sonntag 5; Vorstellung 7 Uhr.

Bei ungenügender Füllung Vorstellung im Theater.

J. Baer

Danzstr. 25 Ecke

Horren- und Kaschbon-Moden, Berufskleidung.

Palots u. Havelocks. Grotes Lager

in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.

Wer — Stoff — hat

jetztige Anzüge nach Maß 20 Wr.

Isabelle Str. haltbare Futterstoffe.

Bei Schließung billige Preise.

Franko, Koenigsstr. 143, 4112L* Ecke Dönhofsstraße.

Dampfschiffs-Reederei

Robert Tismer

Abfahrts-Station: Berlin, Schillingsbrücke.

Telephon: Ober-Schönowide No. 14.

Täglich (Sonnabends) nach Restaurant „Kyllinenser“.

Von ca. 2 Uhr nachmittags ab 1/2 stündlich, a Person 20 Pf.

Dampfer-Fahrtzettel zahlen kein Entree.

Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Großes Militär-Konzert.

Im großen Saal: BALL.

Billigste Dampfer-Sonderfahrten mit Musik

Vm. ca. 8 Uhr. Nm. ca. 10 Uhr. Pro Person hin und zurück Pfennig

Montag Nach Woltersdorfer Schleuse 9 2 50

„ Kalkberge-Rüdersdorf 10 — Hin- 50 Rück- 30

„ Wernsdorfer Schleuse — 2 fahrt

Dienstag Nach Woltersdorfer Schleuse 9 2 50

„ Neue Mühle — 2 50

Mittwoch Nach Woltersdorfer Schleuse 9 2 50

„ Kalkberge-Rüdersdorf 10 — Hin- 50 Rück- 30

„ Wernsdorfer Schleuse — 2 fahrt

Donnerstag Nach Woltersdorfer Schleuse 9 2 50

„ Wernsdorfer Schleuse — 2 50

Freitag Nach Woltersdorfer Schleuse 9 2 50

„ Neue Mühle — 2 50

Sonnabend Nach Kalkberge-Rüdersdorf 10 — Hin- 50 Rück- 30

Sonntag Nach Woltersdorfer Schleuse 9 — Einfache 50

„ Müggelheim 9 — Tour 50

Vereinen, Gesellschaften, Schulen usw. empfehle Dampfer zu Ausflügen unter äußerst günstigen Bedingungen.

Verlangt bei Euren Zigarren-Händlern 4383L*

Wichtelmännchen!

Beste 6 Pfennig-Zigarre,

Vertreter: Leo Aushach, Berlin O., Schillingstraße 38.

